

Dezember 2018
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



«Me Two» – der andere Hashtag

Fondue und dumme Fragen: Wie gut integriert die Schweiz?

Mann für Mann: Der Nachfolger von Paul Rechsteiner heisst Pierre-Yves Maillard



Zeitschrift «Frauenfragen» 2018: Das Private ist politisch

Vom Landesstreik 1918 bis zum Marsch nach Bern 1969, von der Neuen Frauenbewegung ab 1968 über den Frauenstreik 1991 bis zur Demonstration für Lohngleichheit 2018: Frauen machen seit jeher Politik und kämpfen für ihre Rechte. Die neue Nummer der Fachzeitschrift der Eidg. Kommission für Frauenfragen EKF fragt nach den Motiven von Aktivistinnen, ihren Aktionsformen und Zielen. Fachartikel, Porträts, Interviews und viele historische Bilder zeigen: **Das Private ist politisch!**

Heft jetzt kostenlos bestellen: www.frauenkommission.ch
→ Publikationen → Fachzeitschrift «Frauenfragen»

**100 Jahre
Schweizer Geschichte
auf 150 Zentimetern**
Exklusiv für unsere Mitglieder!
Jetzt bestellen unter vpod@vpod-ssp.ch

Themen des Monats

5 **Keine Diktatur der Mehrheit**
«Selbstbestimmungsinitiative» der SVP klar abgewiesen

6/7 **Mann für Mann**
Pierre-Yves Maillard wird SGB-Präsident

8/9 **Wild und entschlossen**
VPOD-Frauenkonferenz als Auftakt zum 14. Juni

10/11 **Klassentreffen**
Würdiges 100-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks

12 **Brechts Babylon**
Der neue «Dreigroschenfilm» ist opulentes Kino

13–19 **Dossier: Me Two – Migrationserfahrungen**
Wie gut integriert die Schweiz?
Schubladen, Schach und dumme Fragen:
Ein Mail-Dialog zwischen
Nina Vladović und Christoph Schlatter
und ein Interview mit der Arbeitspsychologin
Gudela Grote

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**

20 **Aus den Regionen und Sektionen**

21 **Susi Stühlinger:** Uustrinkete

22 **Wirtschaftslektion:** Mehr Rente für weniger Beiträge

23 **Wettbewerb:** Rechtsrheinische Dichtung

24 **VPOD aktuell**

25 **Hier half der VPOD:** Befristet, demnach unkündbar

26 **Solidar Suisse:** Mechanikerin, ausgebildet, sucht ...

27 **Menschen im VPOD:** Marieke Kruit, Fachpsychologin FSP

Redaktion/Administration:

Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 10, Dezember 2018
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Neues aus Absurdistan

Ein Australier hat seine Milchzähne im Gstaader Bankschliessfach vergessen? Die britischen Fussballschiedsrichter verlosen den Anstoss statt durch Münzwurf mit «Schere Stein Papier»? US-Marines saufen den Isländern das letzte Bier weg? Wenn auf der Welt solche verrückten Dinge geschehen, sind sie im *Blick am Abend* zu lesen. In der Rubrik «Neues aus Absurdistan». Ich gebe zu, dass auch ich mir abends jeweils so ein Blättli aus der violetten Box fische. So lange man weiss, dass es sich dabei nicht um eine Zeitung handelt, ist die Lektüre gefahrlos möglich. Und bald wird es die Postille ja eh nicht mehr geben. Jedenfalls nicht mehr in gedruckter Form.

Die grössten Absurditäten unserer Tage bleiben in der lustigen Ecke ja ausgespart. Zum Beispiel die Tatsache, dass im reichsten Deutschland, das es jemals gab, das Geld für eine aufwendig produzierte TV-Serie wie die «Lindenstrasse» fehlt. Dass in der Schweiz bürgerliche Politiker, zum Gutteil gstudierte Juristinnen, das Recht auf einseitige Vertragsänderung ins Versicherungsvertragsgesetz schreiben wollen (natürlich nur für Versicherungen, nicht für Versicherte). Oder dass es ausgerechnet ein Schwuler war, der an der Spitze der hiesigen Menschenrechtsabschaffungswilligen marschierte.

Geschichtsvergessenheit auch bei jener bekennend lesbischen AfD-Politikerin, die mit ihrer Gefährtin – einer in Sri Lanka geborenen Filmproduzentin – samt Kindern in einer Eigentumswohnung in Biel einen alternativen Wohnsitz hat (den sie nun aufgeben will, weil angeblich als Ausländerin nicht willkommen). Gleichzeitig ist die Frau im deutschen Bundestag Co-Fraktionschefin jener Partei, welche die «Ehe für alle» rückabwickeln wollte (bei dieser Debatte fehlte sie; Zufälle gibt's!). Und jener Partei, welche die Erinnerung an den Massenmord der Nazis (auch an Homosexuellen) endlich abstreifen will, wie man eben einen Vogelschiss vom Gewand wäscht. Im hessischen Wahlkampf schrieb die AfD, sie lehne «den hess. Bildungsplan für Sexualerziehung ab, sowie generell die «Akzeptanz sexueller Vielfalt», da Akzeptanz = Gutheissung bedeutet und dies keinem Menschen und schon gar nicht Kindern aufoktroiert werden darf». Derweil wirkt die eingetragene Lebenspartnerin als Produzentin von Filmen wie «Die göttliche Ordnung», worin es wesentlich um die Folgen unterbliebener Sexualemanzipation geht («Cunnilingus in Trogen»).

Eine gewisse Gelenkigkeit ist da vonnöten. Genau wie bei uns Gewerkschaften, die wir das Frauenthema stets hoch, höher, am höchsten gehängt haben und sogar einen zweiten Frauenstreik lancieren – und jetzt, wo es um das eigene Spitzenamt geht, doch auch wieder einen Mann beordern. Neues aus Absurdistan.



Angehörigenpflege möglich machen

Was der Bundesrat zur Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen vorschlägt, ist ungenügend. Der VPOD kritisiert, dass der Betreuungsurlaub für Eltern schwerkranker Kinder mit 14 Wochen zu kurz ist und dass jene 330 000 Personen, die erwachsene Angehörige pflegen, überhaupt nicht vorkommen. Auch bleibt unverständlich, warum lediglich Urlaube vorgesehen sind: Eine temporäre Pensenreduktion ist oft sinnvoller. Der VPOD fordert den Bundesrat auf, die Vorlage zu überarbeiten. | [vpod](#)

18.27 Franken sind zu wenig

Die Gewerkschaftsallianz Fairlog macht mobil gegen den viel zu tiefen Mindestlohn von 18.27 Franken, den die PostCom für die Logistikbranche festgelegt hat. Wenn der Onlinehandel so billig liefern kann, kommt auch der Detailhandel weiter unter Druck. Digitalisierung auf Kosten der Berufstätigen? Fairlog fordert die PostCom auf, ihren skandalösen Entscheid zu korrigieren. | [fairlog/slt](#)

Margenorientierte Novartis

Die Basler Unia-Delegierten verlangen von Novartis mittels Resolution, auf den angekündigten Abbau von 2150 Stellen zu verzichten. Dieser hat keinerlei realwirtschaftlichen Gründe (der Konzern hat im vergangenen Jahr 7,7 Milliarden Franken Gewinn gemacht), sondern folgt einer «Marge vor Menschen»-Politik. | [unia/slt](#) (Foto: [frozenwords/Wikimedia](#))

Profitgieriger Riese: Novartis.

Knausriger Riese: Migros.

PostFinance knebelt Beschäftigte

Per Anfang 2019 fließen der PostFinance alle Wertschriftendepots ihrer Mitarbeitenden zu. Bis anhin durften diese ihre Depots beim Anbieter ihrer Wahl halten; neue Compliance-Vorschriften verbieten nunmehr die Platzierung bei Dritten. Gegen diese zu harte Umsetzung der Finma-Regeln protestiert Syndicom. Zumindest muss der betroffene Personenkreis eingegrenzt werden. Sonst sind auch Trading-ferne Beschäftigte betroffen, die unmöglich an Insiderwissen gelangen können. | [slt](#)

Knausrige orange Riesen

Der KV bedauert das Scheitern der Lohnverhandlungen bei der Migros. Kaufkraftherhaltung wäre wichtig gewesen, stattdessen gibt es nur 0,5 bis 1 Prozent individuell. Auch bei Coop, wo Unia, Syna, der Kaufmännische Verband und OCST beteiligt sind, herrscht auf gewerkschaftlicher Seite Unzufriedenheit über ein Plus von lediglich 1 Prozent, das individuell verteilt werden soll. | [slt](#) (Foto: [ra-photos/iStock](#))

Arbeitszeit: Referendum droht

Dem Arbeitnehmerschutz in der Schweiz steht ein schwerer Angriff bevor: Die Regeln zu Höchstarbeitszeiten und Arbeitszeiterfassung sollen sich für bis zu 1,4 Millionen Beschäftigte ändern. Mit vagen Umschreibungen («wesentliche Entscheidungsbefugnisse», «grosse Autonomie») wird der Spielraum der Arbeitgeber ausgeweitet. Ohne Arbeitszeiterfassung lässt sich auch die Einhaltung von Nachruhe oder von Pausen nicht mehr prüfen. Das öffnet Tür und Tor für Gratisarbeit und Burnout. Falls das Parlament dieser Demontage des Arbeitsgesetzes zustimmt, kommt ein breit abgestütztes Referendum. | [sgb/slt](#)

Post bis 12.30 Uhr = Stellenverlust

Der Ständerat verlangt, dass die Post künftig bis 12.30 Uhr im Briefkasten liegt. Was nach vernünftiger Zustellregelung klingt, hat erhebliche Konsequenzen für das Personal, die bei dem Bauchentscheid offensichtlich nicht bedacht wurden. Kürzere Zustelltouren bedeuten eine Verlagerung von Voll- auf Teilzeitarbeit. Tausende Existenzen wären bedroht. Die Syndicom bekämpft den Umbau. | [syndicom/slt](#)

Bau: Einigung in letzter Minute

Die Delegationen des Baumeisterverbandes sowie von Unia und Syna haben sich auf einen neuen Landesmantelvertrag für das Bauhauptgewerbe geeinigt. Die Lösung umfasst die bereits im Herbst ausgehandelten Massnahmen zur Sanierung der Stiftung Flexibler Altersrücktritt FAR; 2019 und 2020 gibt es ausserdem je 80 Franken mehr Monatslohn. Weitere Details zum Vertragsinhalt wurden vorerst nicht bekannt. Den definitiven Entscheid über das Verhandlungsergebnis fällen die Vertragsparteien im Dezember; bei Zustimmung ist Inkrafttreten für 1. Januar 2019 vorgesehen. | [slt](#)

Wichtiges Verdikt des Stimmvolks gegen die «Selbstbestimmungsinitiative» der SVP

Keine Diktatur der Mehrheit

Der wichtigste Entscheid der November-Abstimmungen: Die «Fremde Richter»-Initiative ist deutlich durchgefallen. Bei den Versicherungsspionen waren unsere Argumente nicht ausreichend vermittelbar. Wegweisend ist das Berner Nein zu Steuersenkungen. | Text: VPOD (Foto: PierreOlivierClementMantion/iStock)

Die Bilanz des Abstimmungswochenendes ist, wie so oft, zwiespältig. Am wichtigsten ist ohne Zweifel der erfreuliche Befund, dass die SVP mit ihren grobschlächtigen Initiativen offenbar zunehmend nur noch die eigene Klientel erreicht. Trotz anfänglichem Schmusekurs mit nahezu CVP-orangen Plakaten, trotz üblem, teilweise antisemitisch gefärbtem Kampf in letzter Minute (zweimal 20 Minuten-Umhüllung) haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verstanden: Die Initiative war ein direkter Angriff auf die Europäische Menschenrechtskonvention. Der SGB betont, dass mit dem Nein dazu auch die Arbeitnehmerrechte gestärkt sind.

«Das Volk» hat gesprochen

Bei einem Urteil «Strassburgs» gegen die Ausschaffung eines verurteilten Straftäters mit ausländischem Pass lag die ursprüngliche Motivation von SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt für seine Initiative. Sie zielte letztlich nicht nur auf den Menschenrechtsgerichtshof, nicht nur auf «fremde», sondern auch auf *eigene* Richterinnen und Richter, überhaupt auf die Gewaltentrennung. Ihr schwebte eine Demokratie als «Diktatur der Mehrheit» vor, in der «das Volk» über allem steht und beliebig in die Grundrechte einzelner eingreifen kann. Und sie stellte sich die Schweiz als einen Staat vor, der ausserhalb der Weltgemeinschaft steht und der darum internationale Verträge nicht respektieren muss – oder nur noch dann, wenn es ihm gerade nützt. «Das Volk» hat diese Rolle und diese Sicht der Dinge überraschend krachend abgelehnt.

Für Ernüchterung sorgt dagegen das Resultat der Abstimmung über die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Sozialversicherungen. Das gleiche Stimmvolk hat in seiner grossen Mehrheit ein Gesetz durchgewunken, das die Grundrechte mehr als ritzt und das ein ganzes Volk unter Generalverdacht stellt. Den Versicherungen wird ein überdimensioniertes Instrumentarium in die Hand



Der Weg nach Strassburg (im Bild: der Bahnhof Strassbourg-Ville) bleibt offen.

gegeben, das sie – mit Ausnahme von GPS-Trackern – in Eigenregie anwenden dürfen. Sie haben damit Zugang zu Methoden, die eigentlich der Polizei vorbehalten sein müssten. Und dies, obwohl sie in den jeweiligen Verfahren ja Partei sind und an Ermittlungen nur in die eine, ihnen nützende Richtung Interesse haben.

Ein mit der heissen Nadel genähtes Gesetz mit groben gesetzgeberischen Fehlern hat an der Urne grünes Licht bekommen. Es ist eine Ironie der Geschichte, das es vor dem Strassburger Menschenrechtsgerichtshof, wohin es mutmasslich getragen wird, keinen Bestand haben dürfte. Und dass an diesem gleichen Abstimmungswochenende der Zugang zu diesem Gericht offengehalten wurde.

Die Referendumsabstimmung war aber auch ein kleines Lehrstück über das Verhältnis von Internetkampagnen und Abstimmungen in der «realen» Welt: Es sind zweierlei Paar Schuhe, rasch 50 000 Unterschriften für ein Referendum beizubringen – oder aber eine

Mehrheit in der breiten, von Jahrzehnten «Sozialschmarotzer»-Kampagne irritierten Bevölkerung zu gewinnen.

Bern sagt Nein zu Abbau

Hoch erfreut ist der VPOD über das Nein zu tieferen Unternehmenssteuern im Kanton Bern. Das Verdikt ist eine Absage an den Steuerwettbewerb und ein «Schuss vor den Bug für alle Steuerabbauer in den Kantonen», wie der SGB schreibt. Die weiteren massiven Einschnitte im Sozial- und Gesundheitsbereich, die bei einer Steuersenkung unvermeidlich gewesen wären, entfallen nun. Auch bei den Kommunen atmet man auf, dass nicht nochmals Millionen (in Bern: 15, in Biel: 6) gespart werden müssen. Über eine massive Senkung der Unternehmenssteuern wird derzeit in vielen Kantonen diskutiert. Das Resultat aus Bern ist ein wichtiges Zeichen für diese bevorstehenden Auseinandersetzungen, weil es zeigt, dass die Steuerspirale nach unten kein Naturgesetz ist.

Präsidiumswahl am SGB-Kongress in Bern: Die Frauen sind einmal mehr in Vorleistung gegangen

Mann für Mann

Barbara Gysi erreichte ein achtbares Resultat, aber zum Nachfolger von SGB-Präsident Paul Rechsteiner wurde Pierre-Yves Maillard gewählt. Dieser wird den Bekenntnissen zur Gleichstellungspolitik Taten folgen lassen müssen.

| Text: Natascha Wey, VPOD-Zentralsekretärin (Fotos: Yoshiko Kusano/SGB)



Emotionaler Abschied: Tuti, Rechsteiner, Alleva (von links).

sident zwei grosse Herausforderungen: die Zukunft des Sozialstaats und das Verhältnis zu Europa.

Ein emotionaler Abschied

Den Delegierten fiel der Abschied von Rechsteiner sichtlich nicht leicht. Sie dankten ihm für seine Worte und für sein Engagement über all die Jahre mit einer minutenlangen Standing Ovation. Und auch Rechsteiner, eigentlich nicht bekannt als Mann der grossen Emotionen, war sichtlich bewegt durch den Zuspruch und die Abschiedsvoten seiner Weggefährten Vasco Pedrina, Vania Alleva und Pedro Lenz. Den Worten Pedrinas – «Wir wünschen dir weiterhin frischen Wind in der Politik und viel Glück im privaten Leben. Un grand merci!» – ist nichts hinzuzufügen.

Nach dem Abschied ist vor der Wahl: Frau (die St. Galler Nationalrätin Barbara Gysi vom PVB) gegen Mann (der Waadtländer Staatsrat Pierre-Yves Maillard für die Unia). Gysi

So richtig emotional wurde es am zweiten Kongresstag: Paul Rechsteiner, der die Geschichte des SGB 20 Jahre lang gelenkt hat, sagt Adieu. Seine Message: Offenheit, Pluralität und die Bereitschaft zur Veränderung

bringen die Gewerkschaftsbewegung weiter, auch in Zukunft. Gegensätze und Widersprüche müssen dabei ausgehalten werden: Sie sind keine Schwäche, sondern eine Stärke. Nach aussen sieht der scheidende Prä-

Initiative für «Dreizehnten» bei der AHV – und andere Vorhaben

Gleich am Freitagmorgen (leider ohne Doping durch Kaffee und Gipfeli) konnten die Delegierten über ein wichtiges inhaltliches Traktandum beschliessen: Eine **Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente** wird geplant. Mit grosser Mehrheit folgte der Kongress diesem Vorschlag, den der SGB-Vorstand unter anderem mit den sinkenden Pensionskassenrenten begründete. Eine Minderheit war der Ansicht, der Initiativantrag sei nur zur Prüfung entgegenzunehmen.

Weiter wurde das Positionspapier zur Altersvorsorge verabschiedet. Erfreulicherweise obsiegte der Antrag des VPOD, den **Koordinationsabzug in der zweiten Säule ganz abschaffen** will (und nicht bloss senken, so wie dies der Antrag des SGB-Vorstandes vorsah). In der Frage des Lohnschutzes bleibt die Haltung unmissver-

ständig: Der SGB verurteilt alle Angriffe darauf – und wird notfalls das Referendum ergreifen. Der **Lohnschutz ist der Schlüssel für die bilateralen Verträge** und nicht das Problem. Und er soll aus- statt abgebaut werden. Bundespräsident Alain Berset bestätigte vor den Delegierten: «In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden.»

Einstimmig fiel auch der Entscheid, mit der aktiven Unterstützung des **Frauenstreiks am 14. Juni 2019** die Gleichstellung zu einem gewerkschaftlichen Schwerpunkt zu machen. In einer Resolution beschliessen die Delegierten ausserdem, ein **Massnahmenpaket gegen Lohn- und andere Diskriminierungen** ausarbeiten und der Delegiertenversammlung unterbreiten zu lassen. Wenn – so ein weiterer Beschluss – der Angriff

auf die Arbeitszeiten die parlamentarische Beratung überlebt, wird die **Revision des Arbeitsgesetzes per Referendum bekämpft**.

Zur **sozialen Umsetzung der Digitalisierung** sowie zur **fairen Gestaltung von Praktika** hat sich der SGB-Kongress in Resolutionen positioniert. Eine weitere Resolution, eingebracht vom VPOD und von der SGB-Migrationskommission, verlangt die **Unterzeichnung des Uno-Migrationspakts** durch die Schweiz. Ebenfalls vom VPOD stammt die **Resolution gegen die Strommarktöffnung**. Die Überreichung des **SGB-Kulturpreises 2018** interpretierte Historikerin **Elisabeth Joris** als Auftrag, sich weiterhin der «Erkenntnis von Komplexität und nicht der Vereinfachung und Verflachung von Widersprüchen nach dem Schwarz-Weiss-Schema» zu widmen. | vpod



Pierre-Yves Maillard schaffte die Wahl zum SGB-Präsidenten bereits im ersten Durchgang.

richtete in ihren 8 Vorstellungsminuten den Fokus auf interne Herausforderungen: Die Gewerkschaftsbewegung müsse in den Frauenbranchen stärker werden und mehr Frauen gewinnen. Gysi sagte, sie werde sich für GAV in Tieflohnsektoren und für eine Arbeitszeitreduktion stark machen.

Maillard will für eine Stärkung der Kaufkraft eintreten. Beispiele aus seiner Regierungszeit im Kanton Waadt untermauerten das Gelübde: Prioritär sind für ihn der 13. Monatslohn und die 5. Ferienwoche für alle sowie eine Begrenzung der Krankenkassenprämien. Keine Priorität hatte dagegen die Einhaltung der Redezeit von 8 Minuten... Wahlleiter Giorgio Tuti (SEV) gewährte Gysi daher eine zusätzliche Minute in der Fragerunde. Letztere drehte sich hauptsächlich um Gleichstellung und Frauenstreik sowie um das innergewerkschaftliche Kräfteverhältnis.

20 Rednerinnen und Redner traten dann aufs Podium. 2 Voten bezeichneten beide Kandidierenden als unwählbar, die restlichen 18 waren gleichmässig auf die beiden Kandidaturen verteilt. Die Redezeitbeschränkung auf 2 Minuten erlaubte keine Rhetorik à la Fidel Castro. Für Barbara Gysi sprachen viele Frauen, die Migrationsvertretung sowie Delegierte aus VPOD, PVB und Bankpersonalverband.

Maillard erhielt Sukkors beispielsweise von Véronique Polito aus der Unia-Geschäftsleitung, welche die Untervertretung der Romanen die als schlimmeres Übel als jene der Frauen ansieht.

Die Wahl wurde bereits im ersten Wahlgang entschieden: Pierre-Yves Maillard holte mit 115 Stimmen gegenüber 82 Stimmen von Barbara Gysi das absolute Mehr. 15 Delegierte enthielten sich. Maillard muss sich indes erst freischaufeln, denn noch steht er dem Waadtländer Departement für Gesundheit und Soziales vor. Es ist vorgesehen, dass er im Mai oder Juni als SGB-Präsident anfängt; bis dahin wird der SGB vom Vizepräsidium (Giorgio Tuti und Vania Alleva) geleitet. Die Rückkehr Maillards in den Nationalrat ist ebenfalls geplant (sofern das Wahlvolk mitmacht, versteht sich).

Gratulation und Katalog

Der VPOD gratuliert Pierre-Yves Maillard zu seiner Wahl und erwartet nach den verbalen Bekenntnissen zur Gleichstellung den Tatbeweis. Die Dienstleistungsbranchen, insbesondere jene mit hohem Frauenanteil, sind die Wachstumsbereiche im SGB. Für weiteres Wachstum braucht es eine konsequente Gleichstellungspolitik und vor allem

auch den Beleg, dass die Gewerkschaften in gesellschaftlichen Fragen eine Vorreiterrolle einnehmen. Dazu gehören ein umfassendes Engagement für Lohngleichheit, für die Aufwertung von bezahlter und unbezahlter Betreuungsarbeit, für höhere Renten, für Elternurlaub und für generelle Arbeitszeitverkürzung. Und dazu gehört: der Frauenstreik.

Gekämpft, verloren: Barbara Gysi.



VPOD-Verbandskonferenz Frauen am 9./10. November 2018 im Alten Spital Solothurn

Wild und entschlossen

«Schluss mit Diskriminierung und Sexismus! Frauen in Aktion» lautete das Motto der VPOD-Frauenkonferenz. Die Botschaft ist eindeutig: Am 14. Juni 2019 gibt es einen nationalen Frauenstreiktag, der sich gewaschen hat.

| Text: Christoph Schlatter (Fotos: Eric Roset)



Ich will alles, und zwar sofort: VPOD-Frauen in Bewegung im Hinblick auf den 14. Juni.

Vertreterinnen des Frauenstreiks in Spanien im März dieses Jahres berichteten über ihre Erfahrungen (siehe untenstehendes Interview) und gaben Anregungen, wie man ein solches Event schlau organisiert (in Spanien waren am 8. März mehrere Millionen auf der Strasse). Der Anlass soll ja gleichzeitig eine geballte Botschaft aussenden und trotzdem dezentral, in den Betrieben und Quartieren, durchgeführt werden. Und was macht frau eigentlich derweil mit den Männern?

Kein Streik wie alle andern

Ähnliche Fragen stellen sich im Hinblick auf den Schweizer Streik- und Aktionstag vom 14. Juni 2019. Dass er stattfindet, ist mittlerweile klar; trotz politisch korrekter Rede und ver-

fassungsmässig festgeschriebener Rechte seien Sexismus, Ungleichheit und Gewalt sogar wieder im Zunehmen, wurde an der von mehr als 100 Frauen besuchten VPOD-Frauenkonferenz in Solothurn gesagt. Dabei wurde einmal mehr klargemacht, dass es sich beim Frauenstreik nicht um einen «Streik wie alle anderen» handelt, sondern dass alle Arbeiten und Aufgaben, die von Frauen ausgeführt werden, betroffen sind. Also auch die unbezahlte Arbeit im Haus, in Erziehung und Betreuung.

Zunehmend wird sichtbar, was (meist) Frauen auch bei der Betreuung von Erwachsenen leisten. Barbara Lienhard vom Gleichstellungsbüro Zürich will nicht länger hinnehmen, dass diese Aufgaben als Privatangelegenheit deklariert werden. Vollkommen ungenügend ist

«Ein feministischer Traum wurde Wirklichkeit»

Am spanischen Frauenstreik vom 8. März haben 5 bis 6 Millionen teilgenommen. Isabel Cadenas und Patricia Aranguren, die als Gäste bei der VPOD-Frauenkonferenz sprachen, erklären den Erfolg der Bewegung.

| Interview: Guy Zurkinden (Übersetzung und Foto: Christoph Schlatter)

VPOD-Magazin: Wie kam es in Spanien zur Idee eines nationalen Frauenstreiks?

Isabel Cadenas: Ein Appell und ein Versuch im letzten Jahr gingen voraus. Die Reaktionen haben uns regelrecht überrollt und zur Überzeugung gebracht, 2018 einen «richtigen» Streik zu veranstalten. Wir haben beschlossen, uns bis im März am 8. eines jeden Monats zu treffen. Und es kamen jedes Mal mehr Frauen. Am 8. März selber war dann im ganzen Land so viel los, dass wir selbst den Überblick verloren haben.

Patricia Aranguren: Im Vorfeld haben wir ein 21-seitiges Manifest ausgearbeitet. Darin stehen die Gründe für den Streik, Kritik, Vorschläge, Ziele. Das Manifest definierte auch die Hauptachsen des Streiks: Wir wollten Schwerpunkte setzen bei der Care-Arbeit, an den Arbeitsplätzen, bei den Studierenden und beim Konsum.

Und wie wurde der Streik an den Arbeitsplätzen befolgt?

Cadenas: Zwischen 5 und 6 Millionen Frauen haben gestreikt oder mindestens für kurze Zeit die Arbeit niedergelegt. Schon am Vortag haben wir gemerkt: Wir haben gewonnen! Auch die Regierung sprach plötzlich ernsthaft über den Streik. Und eine Umfrage ergab, dass 82 Prozent der Bevölkerung der Meinung sind, dass es Gründe für einen Frauenstreik gibt.

Aranguren: Am Arbeitsplatz streiken? Das macht vielen Angst. Wir haben darum das Streikrecht erläutert und erklärt, wie der Minimalservice aufrechterhalten wird.

Wie hat sich der Streik im Care-Sektor abgespielt?

Cadenas: Dieser Teil war der kreativste in der ganzen Mobilisierung. Die Frauen haben nicht

nur gegenüber einem Firmenchef gestreikt, sondern auch gegenüber einem Ehemann, einem Sohn, einem Vater. Mit diesem «sozialen Streik» wollten wir den Männern die Gründe für unsere Mobilisierung verständlich machen. Was es zum Beispiel bedeutet, wenn man ein krankes Kind zuhause hat und entscheiden muss, ob man jetzt – natürlich zu spät – doch noch zur Arbeit geht oder zum Arzt oder ins Spital. Die Sorgearbeit stand auch bei den Debatten rund um den 8. März im Mittelpunkt: Millionen von Familien, hunderte von WhatsApp-Gruppen haben darüber diskutiert. Ein feministischer Traum wurde Wirklichkeit.

Hat dieser Tag etwas in der Gesellschaft verändert?

Cadenas: Alles! Sexismus wird im Radio, im TV, in der Presse nicht mehr hingegenommen. Wenn



100 Gründe für einen Frauenstreik: VPOD-Frauenkonferenz.

daher, was der Bundesrat als «Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung» vorschlägt; allenfalls profitieren davon ein paar tausend Familien mit schwer behinderten Kindern, aber nicht jene Drittmillion Erwerbstätige, die regelmässig Aufgaben in der Betreuung von gebrechlichen oder handicapierten erwachsenen Angehörigen schultern. Die Frauenkonferenz prangert keineswegs lediglich die *unerklärliche* Lohndifferenz an,

sondern auch die erklärbare. Weder die tiefen Löhne in sogenannten Frauenbranchen noch die immense Gratisarbeit von Frauen sind gottgegeben. Die immer noch männlich geprägte Politik und die Arbeitgeber sollen endlich die Rahmenbedingungen für die ökonomische Unabhängigkeit aller Frauen schaffen, so die Forderung. Die Konferenz hörte auch juristische Überlegungen von Darja Schwyter, die sich so zusammenfassen lassen: Zwar sichert die Bun-

desverfassung ein Streikrecht zu, allerdings mit einigen Vorbehalten. Beispielsweise ist ein «politischer» Streik an sich nicht zulässig, und in vielen weiteren Einzelfragen gilt ohnehin «2 Juristinnen = 3 Meinungen». Aber auch Schwyter kam zum Schluss, dass die Legalität eines Streiks nicht die zentrale Frage darstellt. Viel wichtiger ist die *Legitimation*. Und die starke Beteiligung.

Leere Drohungen

Bekräftigt wurde diese Überlegung von Regina Stauffer, die farbige vom Frauenstreik 1991 berichtete. Noch am Vorabend wurden damals von oben herab wilde Drohungen gegen Streikwillige durchs Telefon gejagt: «Wehe, wenn ihr...» Angesichts der Teilnahme von einer halben Million Frauen waren sie am Tag danach kein Thema mehr. Und oft entfielen auch Lohnabzüge für ausgefallene Stunden – weil man schlicht den bürokratischen Aufwand scheute. In den Ateliers wurde dann erörtert, wie es sich 28 Jahre später in den einzelnen Branchen streiken lässt. An Forderungen mangelt es nicht, wie der Zug der VPOD-Frauen ans Landesstreikjubiläumfest in Olten zeigte (siehe folgende Doppelseite).

jemand eine sexistische Bemerkung macht, wird er sofort korrigiert. Es mögen kleine Veränderungen sein, aber sie zeigen die Kraft unserer Bewegung.

Aranguren: Viele Frauen, die früher überhaupt nicht wussten, was Feminismus bedeutet, sehen sich heute als Feministin. Der Begriff macht keine Angst mehr. Auch ist dank dem Streik vom 8. März die Kritik am kapitalistischen System etwas mehr Mainstream geworden. Für uns Organisatorinnen ist eines klar: Der Feminismus ist untrennbar mit dem Antikapitalismus verbunden. Der soziale Unterschied zwischen Mann und Frau ist ja nichts Naturgegebenes. Er ist die Frucht eines ausbeuterischen Systems. Die Kritik am Patriarchat und die Kritik am Kapitalismus gehen Hand in Hand.

Und was folgt?

Cadenas: Auch 2019 wird es wieder einen Frauenstreik geben. Einerseits soll die Gratisarbeit von Frauen erneut zentral sein. Zweitens wollen wir den zivilen Ungehorsam thematisieren. Denn er ist die beste Garantie dafür, dass wir uns nicht von der Macht, von den politischen Parteien oder den Gewerkschaften vereinnahmen lassen.

Wie lässt sich erklären, dass der 8. März 2018 in Spanien ein so starkes Signal ausgesendet hat?

Cadenas: Die feministische Bewegung wurde in den letzten Jahren durch grosse Mobilisierungen gestärkt. 2013/14 wollte der Justizminister das Recht auf Abtreibung einschränken. Aufgrund der starken Reaktion der Frauen musste er zurücktreten. 2016 gab es die gerichtliche Aufarbeitung einer Massenvergewaltigung in Pamplona. Dass die Untersuchungsbehörden in erster Linie zulasten des Opfers und zugunsten der Täter ermittelten, sorgte im Land für eine Welle der Empörung. Auch diejenigen, die bei der Wirtschaftskrise von 2007/08 abgehängt wurden, haben sich organisiert und Prinzipien der Frauenbewegung aufgenommen.

Aranguren: Eine der Stärken der Frauenbewegung ist ihre Autonomie. Wir sind unabhängig



Isabel Cadenas (l.) und Patricia Aranguren.

von Parteien, unabhängig von Gewerkschaften, unabhängig von Institutionen. Wir versammeln Frauen mit ganz unterschiedlichem Hintergrund. Aber alle lassen ihre Organisationsfahne beim Saaleingang stehen.

Die Gewerkschaften feiern in Olten das 100-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks auf würdige Weise

Klassentreffen

Das eigentliche gewerkschaftliche Streikjubiläum wurde in einer Werkhalle in Olten gefeiert und war ein grosses Treffen der Arbeiterklasse. Mustergültig war der Proporz bei den Redebeiträgen, spritzig bis anrührend das Rahmenprogramm. | Text: Christoph Schlatter (Fotos: Alexander Egger)



Bundsrätin Simonetta Sommaruga würdigt die Rolle der Frauen im Landesstreik und danach.

Der Ort war gut gewählt: Die historischen SBB-Werkhallen versprühen genau den rauen industriellen Charme, den ein solches Event benötigt. Und sie stehen in Olten, wo am 14. Februar 1918 das Oltener Aktionskomitee gegründet wurde, das später den Landesstreik ausrief und diesen drei Tage später abwürgen musste. Der 10. November, Datum des Jubiläumsfests 2018, war 1918 der Tag der vom Militär aufgelösten Kundgebung auf dem Zürcher Münsterhof, bei dem unter immer noch ungeklärten Umständen (Heckenschuss? Querschläger?) ein Soldat ums Leben kam. Es war auch der Tag, an dem das Oltener Aktionskomitee zum unbefristeten landesweiten Streik aufrief.

Nie wieder!

Rund 1400 Personen versammelten sich 100 Jahre später an einem Samstagnachmit-

tag, um derer zu gedenken, denen wir heute selbstverständliche soziale Errungenschaften mit zu verdanken haben: jener Viertelmillion Arbeiterinnen und Arbeiter, die mit dem Streik nicht nur versorgungs- und wirtschaftspolitische, sondern auch explizit politische Ziele anstrebten. Dass die Niederlage sich doch noch in einen Erfolg gekehrt hat, betonte in Olten Paul Rechsteiner, SGB-Präsident. Und: Nie wieder dürfe die Armee gegen das eigene Volk schiessen, verlangte er unter starkem Beifall.

Die Rednerliste war ihrerseits ein Beispiel für Sprachen-, Gender- und Organisationsproporz: Sie umfasste ausserdem den SP-Präsidenten Christian Levrat, die teilweise italienisch redende Unia-Präsidentin Vania Alleva und SP-Bundsrätin Simonetta Sommaruga. Letztere erhielt den wärmsten Applaus für

Willes Mütze, Grimms Parteibuch

Originalgegenstände, die vom Landesstreik 1918 zeugen, sind nicht sehr zahlreich. Daher ist auch die neue Ausstellung im Landesmuseum in Zürich überschaubar. Überschaubarkeit ist aber gar kein Nachteil: Der Rundgang gibt einen guten und historisch fundierten Überblick über Vorgeschichte, Ablauf und Nachwirkung. Und er bettet – das ist wichtig – das Ereignis in den internationalen Kontext ein.

Andreas Spillmann, Direktor des Schweizerischen Nationalmuseums, sah an der Medienkonferenz zur Eröffnung trotzdem einen «Sonderfall Schweiz», geschuldet dem «vernünftigen Handeln auf beiden Seiten». Aus seiner Warte ist der Landesstreik der Ausgangspunkt für die Sozialpartnerschaft, die ihrerseits den Boden für wirtschaftlichen Wohlstand bereitete. Tatsächlich war Vernunft in jenen Tagen allerdings einseitig bei der Arbeiterschaft anzutreffen. Und jedenfalls nicht beim Militär, dessen Führungsofenkundig die Eskalation suchte.

Zu den attraktivsten Schaustücken der Ausstellung gehören neben einem Maschinengewehr der Schweizer Armee das Parteibüchlein von Robert Grimm und die Offiziersmütze von Ulrich Wille. In diesen beiden Objekten und ihren Be-

sitzern sind die Hauptakteure des Landesstreiks verkörpert. Auf der einen Seite ein Bürgertum, das aufgrund der politischen Erdbeben ringsum allmählich Angst vor einer bolschewistischen Revolution bekam. Und auf der anderen die Ar-

Mit Maschinengewehren gegen das eigene Volk: Die Ausstellung im Landesmuseum zeigt, wer 1918 welche Interessen vertrat.



ihre Würdigung des Kampfs der Frauen, die 1918 wie in den Jahrzehnten danach unermüdlich für sozialen Fortschritt einstanden. Den musikalischen Rahmen boten P-Train, das SBB-Bläserensemble und der Chor Linksdrall. Gänsehautpotenzial besass der Streiksong «Bread and Roses», vorgetragen von einem weiblichen A-cappella-Trio: «The rising of the women means the rising for us all...» Slampoetin Sandra Künzi lieferte zweisprachig rasante Reflexionen, unter anderem zu einer Migrantin namens «Kartoffel».

Zu wenig Schüblig

Die VPOD-Frauen, aufgeheizt von ihrer Konferenz aus Solothurn anreisend, brachten ihre Forderungen skandierend sowie auf Schildern zum Ausdruck. Klar ist: Nächstes Jahr wird am 14. Juni gestreikt. Punkt. Schluss. Der einzige Negativpunkt der Veranstaltung war ein versorgungstechnischer: Offensichtlich wurden deutlich mehr Schüblig-Märkli in Umlauf gebracht, als es Schüblig hatte (immerhin gab es aber noch Käsewähe und Hafersuppe). Bis zum 150-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks anno 2068 sollte dieses Problem zu lösen sein. Vielleicht wird ja bis dahin auch die letzte Forderung von 1918 endlich erfüllt: «Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.»



Die historische SBB-Werkhallen in Olten gaben der Gedenkfeier Rahmen und rauhen Charme.

«Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will»: Chor Linksdrall.



beiterschaft, die nach mehr als vier Kriegsjahren den Frieden und eine Verbesserung der Lebensumstände nicht länger nur herbeiseufzen wollte. Der Tagessold für einen Aktivdienst-Soldaten lag bei knapp 2 Arbeiterstundenlöhnen; die notgedrungen erwerbstätig werdenden Frauen verdienten höchstens 60 Prozent eines Männerlohns. Zusammen mit dem inflationsbedingten Kaufkraftverlust und der viel zu spät einsetzenden Rationierung des Lebensnotwendigen bedeutete das für viele Arbeiterfamilien bittere Not – während gleichzeitig Industrielle und Bauern am Krieg hübsch verdienten.

Soziale Not war wesentlich, aber natürlich lässt sich ein Ereignis wie der Landesstreik nicht mit einer einzigen Ursache erklären. Für diese historisch unstrittige Sicht bürgt Christian Koller, der als Gastkurator für die Ausstellung verantwortlich zeichnet. Koller ist Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs; in zahlreichen Publikationen hat er rechtsbürgerliche Verdrehungen zurechtgebogen und Verschwörungstheorien rund um den Landesstreik widerlegt. Zu den perfidesten

derartigen Auswüchsen gehört der Film «Die rote Pest» von 1938, von dem in der Ausstellung ein Ausschnitt zu sehen ist – selbst die NZZ bezeichnet diesen Streifen als «den übelsten Hetzfilm der Schweizer Geschichte».

Das alles bedeutet natürlich keineswegs, dass das Oltener Aktionskomitee und die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter keine politischen Ziele gehabt hätten. Aber sämtliche angeblichen Putschpläne sind als Fälschung entlarvt. Die unversöhnlichen politischen Gegensätze zwischen Lenin und Robert Grimm waren ja schon auf den Konferenzen von Zimmerwald und Kiental offen zutage getreten. Und die Forderungen des Generalstreiks, von Proporzwahl bis AHV, legitimieren diesen auch noch aus heutiger Sicht.

Eine Zeitschiene ordnet die Ereignisse chronologisch, angefangen beim Zürcher Bankpersonalsstreik vom 30. Oktober. Das legendäre Memorial von General Wille vom 4. November begründete die militärische Besetzung Zürichs mit angeblichen Umsturzplänen der Gegenseite – und löste die Massenbewegung selbst erst aus. Nach der

gewaltsamen Auflösung der friedlichen Münsterhof-Kundgebung musste das Oltener Aktionskomitee fast zwangsläufig zum Generalstreik blasen. Ebenso wenig Spielraum hatte es drei Tage später, als es angesichts der auch visuell – mit Maschinengewehr, Stahlhelm und Bajonett – sichtbar gemachten militärischen Bedrohung den Abbruch der Übung beschloss. Dieser umsichtige Entscheid verhinderte ein grösseres Blutvergiessen, aber nicht die drei Toten von Grenchen, junge Arbeiter, die von der Armee hinterrücks aus nächster Nähe erschossen wurden. | slt (Foto: Schweizerisches Nationalmuseum)

Landesstreik 1918. Landesmuseum Zürich. Bis 20. Januar 2019. Dienstag bis Sonntag, 10 bis 17 Uhr (Donnerstag bis 19 Uhr). Feiertage geöffnet.

Expertenführungen: «Frauen im Landesstreik» am Donnerstag, 13. Dezember, 18 bis 19 Uhr, mit Katharina Hermann, Universität Bern. – «Was heisst «Generalstreik» oder «Massenstreik?» am Donnerstag, 3. Januar 2019, 18 bis 19 Uhr, mit Bernard Degen, Universität Basel. – «Kulmination der Verelendung oder des Klassenkampfes?» am Donnerstag, 17. Januar 2019, 18 bis 19 Uhr, mit Rudolf Jaun, Universität Zürich.

«Mackie Messer – Brechts Dreigroschenfilm» ist opulentes Kino mit einem grandiosen Hauptdarsteller

Brechts Babylon

Der neue «Dreigroschenfilm» ist etwas lang geraten. Verständlich: Das sind ja mindestens drei Filme in einem: Opernvideo und Brecht-Biopic und babylonisches Zeitgemälde. Von Lars Eidingers Brecht ist man hin und weg.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Kluge/Filmcoopi)



Lars Eidinger als Bertolt Brecht. Oder umgekehrt.

Die Dreigroschenoper, die 1928 in Berlin Premiere feierte, ist bis heute eines der grössten Erfolgsstücke des deutschsprachigen Theaters. Die wilde Mischung aus Cabaret, Schnitzelbank, Operette, Vorlesung und Schwank lebt von zweierlei: von den kernig-frechen Ansagen des Dichters Bertolt Brecht («Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so»). Und von der immer leicht windschiefen Musik seines Freundes Kurt Weill. Dessen Moritat von Mackie Messer («Und der Haifisch, der hat Zähne») hat eine Unzahl von Interpretinnen und Interpreten bis und mit Heino unbeschadet überstanden. Vorliegend auch Max Raabe.

Tun als ob

Angesichts des weltweiten Erfolgs erstaunt es, dass die Dreigroschenoper bisher nur selten verfilmt wurde – und jedenfalls nie dergestalt, dass der Film das Stück überlagert und zugeschüttet hätte (so wie es bei manchem Musical, «West Side Story» oder «Cabaret» beispielsweise, der Fall war). Ja, es gab Adaptionen, 1962 etwa eine eins-a-besetzte mit

Hildegard Knef und Gert Fröbe. Der früheste Dreigroschenfilm stammt von 1931 – und war nicht das, was Brecht sich vorstellte, als er die Filmrechte verkaufte.

Brechts Weltbild verschob sich ja just Ende der 1920er Jahre von einem hedonistisch-anarchistischen zu einem geordnet-sozialistischen. Drum wollte er, als es an die Aufnahmen ging, auch die Dreigroschenoper neu machen, was wiederum der Produzentin, der Nero-Film AG, nicht gefiel, so dass es schliesslich zu einem Gerichtsverfahren kam. Dabei unterlagen Brecht & Weill. Gegen Geld hielten sie die Schnauze («Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral»). Jetzt kommt ein Werk ins Kino, das so tut, als ob es jener Film sei, den Brecht gedreht hätte, wenn man ihn gelassen hätte.

Um die Geschichte des Prozesses geht es dabei auch. Dazu um Brechts Privatleben und Entourage in einem Milieu à la Babylon Berlin. Kurt Weill (Robert Stadlober) und «seine» Lotte Lenya (Britta Hammelstein) sind fast überall mit von der Partie, auch die Pol-

ly der Uraufführung, die später von Stalins Schergen zu Tode geschundene Carola Neher (Hannah Herzsprung), irrlichtert durch die Szene. Als des Guten zu viel mag man empfinden, dass am Ende des über zweistündigen Epos dann *noch* eine Tür zu *noch* einer Ebene aufgeht: Aus den Gangstern von damals werden Banker von heute, weil laut Brecht der Einbruch in eine Bank nichts ist im Vergleich zur Gründung einer solchen.

Aber ein Zauberstück ist es schon, dass es Regisseur Joachim A. Lang gelingt, gleichzeitig noch die gesamte Dreigroschenoper samt Musik in den Streifen zu packen. HK Gruber verantwortet das Musikalische. Das garantiert nicht nur Qualität, sondern nachgerade «historisch orientierte Aufführungspraxis». Also: Die Songs werden nicht (wie durch die späte Lenya oder die May stets praktiziert) in Sprechstimmlage performt. Sondern höher und gesungen, was vor der Erfindung des Kondensatormikrofons nicht nur üblich, sondern zwecks akustischer Durchschlagskraft notwendig war: Auch die junge Lenya hat 1930 noch operettenhaft gezwitschert.

Maximale Verschränkung

Wem das nicht reicht: Lars Eidinger als Bertolt Brecht lohnt den Kinobesuch allein. Erstaunlich, wie man den Mimen zu(b)rechtgestylt hat. Und ebenso, wie sein Mund ausser Zigarrenqualm allerhand (Alt-)Kluges absondert, das samt und sonders aus Brechts Werk zusammengeklaut ist. Was für ein arrogantes Arschloch. Aber hinreissend. Findet auch die dem polygamen Dichter verfallene Elisabeth Hauptmann (Peri Baumeister), deren geistiger Anteil an der Dreigroschenoper auf 50 bis 90 Prozent geschätzt wird. Sie versucht sich umzubringen, als Brecht ohne Vorwarnung die Weigel (Meike Droste) heiratet. Das ist nicht zu sehen im Film, dafür aber ein schönes «Eifersuchtsduett», in dem sich die Ebenen des Films maximal verschränken.

Ab 13. Dezember im Kino.

Nach dem «Me Too»-Dialog der «Me Two»-Dialog: Nina Vladović und Christoph Schlatter unterhalten sich

Schubladen, Schach und dumme Fragen

Auf den Frauen-Hashtag «Me Too» folgt «Me Two»: Menschen mit Migrationshintergrund berichten über Diskriminierung und saudumme Fragen. Und über den Umstand, zwei Heimaten zu besitzen. Nina Vladović und Christoph Schlatter im Mail-Dialog. | Illustrationen: Cornelia Diethelm (Fotos: Sebastian Knörle und Mischa Scherrer)



Nina Vladović (35) ist Delegierte der Migrationskommission in der Delegiertenversammlung des VPOD. Von 2015 bis 2017 arbeitete sie beim VPOD-Zentralsekretariat. Sie stammt aus Split (Kroatien).

Christoph Schlatter (52) ist VPOD-Zentralsekretär und Redaktor des VPOD-Magazins. Er ist 1992 aus Schaffhausen aus- und in Zürich eingewandert.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 17.10.2018 16:44 – **An:** Nina Vladović

Liebe Nina, du kannst als Frau und Zugewanderte bei beiden Hashtags mitmachen. Wo hast du mehr Übles zu berichten, unter «Me Too» oder unter «Me Two»?

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 17.10.2018 20:47 – **An:** Christoph Schlatter

Lieber Christoph, da hast du mir jetzt einiges zum Denken aufgegeben. Ich kann zwar sagen, ich hätte genug «Stoff» für beide Hashtags. Beide Phänomene haben in ungleichen gesellschaftlichen Machtverhältnissen ihren Ursprung, weswegen sie für mich weder auf der theoretischen noch auf der Alltagsebene einfach so auseinanderzufädeln sind.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 18.10.2018 10:16 – **An:** Nina Vladović
Probier es trotzdem!

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 18.10.2018 19:58 – **An:** Christoph Schlatter

Es gibt Momente, in denen frau sich unsicher fühlt, weil sie einer direkten Gefahr ausgesetzt ist. Es gibt Momente, in denen sich die Migrantin unerwünscht fühlt, weil ihr das mehr oder weniger direkt klargemacht wird. Es gibt unüberlegte Aussagen, die «nicht böse gemeint» sind. Und es gibt Sexismus und

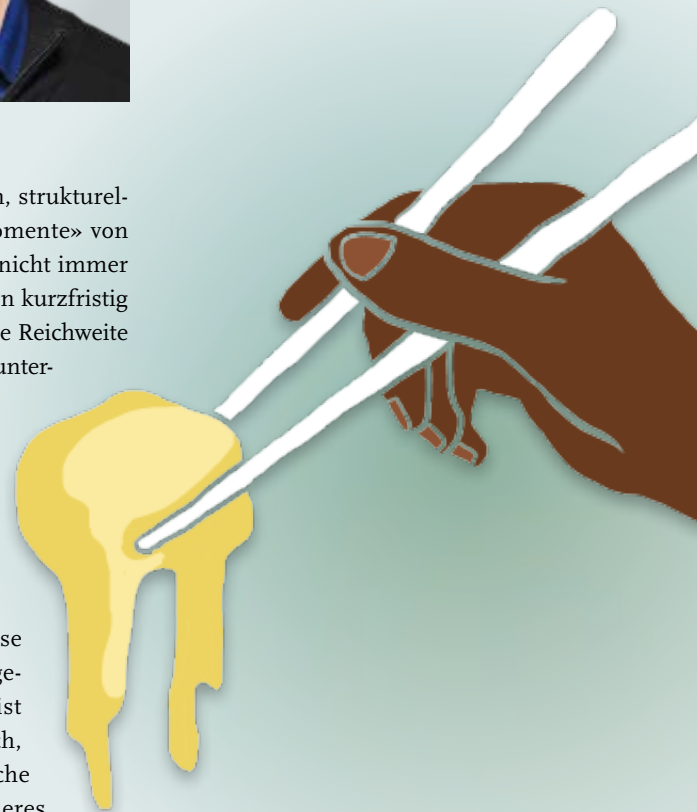
Rassismus auf einer abstrakten, strukturellen Ebene. Diese «latenten Momente» von Rassismus und Sexismus sind nicht immer einfach zu erkennen und werden kurzfristig als weniger krass erlebt. Aber die Reichweite der Konsequenzen ist nicht zu unterschätzen.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 19.10.2018 09:24 – **An:** Nina Vladović

Wie ist das mit den «nicht böse gemeinten» Aussagen? Wenn ich dir jetzt beispielsweise ein Kompliment für dein ausgezeichnetes Deutsch mache – ist das ein Problem? Nicht für dich, die du Deutsch als Fremdsprache gelernt hast, oder? (Etwas anderes wäre es, wenn ich das einer hier geborenen Seconda sage.) Oder die Frage nach der Herkunft: Ich kann mir vorstellen, dass einem die auf die Nerven geht, weil tausendmal gehört. Aber spiegelt sich darin in vielen Fällen nicht einfach ein Interesse am Gegenüber?

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 20.10.2018 10:20 – **An:** Christoph Schlatter

Danke für das Kompliment! Ich verstehe, dass manche genug davon haben, aber mich



stört es in der Regel nicht, wenn mich jemand nach meiner Herkunft fragt. Die Frage kann als Basis für Smalltalk dienen, genau wie jene nach Hobbys oder Beruf. Dass aber die Frage nach der Herkunft so viel häufiger gestellt wird, ist schon erklärungsbedürftig. Wieso interessieren wir uns genau für diesen Aspekt eines Menschen? Ist das einfach Ausdruck von Interesse oder meinetwegen von Neugier? Oder brauchen wir Kategorien, wo

wir diese Menschen reinstecken können? In den «Me Two»-Beiträgen konnte man auch lesen, dass die Antwort der Personen mit Migrationshintergrund nicht immer angenommen wurde. «Ich bin von hier», sagen sie. «Ja, aber woher kommst du *wirklich*?», wird dann gefragt.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 22.10.2018 08:59 – **An:** Nina Vladović

Dieses Nachhaken signalisiert in der Tat, dass Leute, deren Vorfahren mutmasslich nicht beim Rütlichswur dabei waren, eben nicht «von hier» sind – und hier auch nichts verloren haben. Und es ignoriert, dass Wandern eben nicht nur des Müllers und der Vladović Lust ist, sondern seit jeher zur Menschheitsgeschichte gehört. Was für den Ausländerhass leider auch gilt.

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 22.10.2018 21:55 – **An:** Christoph Schlatter

Ich würde nicht unbedingt das Wort «Ausländerhass» verwenden. Erstens bin ich mir nicht sicher, ob es wirklich «Hass» ist. Und zweitens muss sich dieses Verhalten nicht immer gegen Ausländer richten. Vielmehr geht es allgemein um Abgrenzung, um Schubladen wie «wir» und «ihr», «unseres» und «eures».

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 23.10.2018 11:13 – **An:** Nina Vladović

«Fremdenfeindlichkeit» wäre aber auch unpassend – du bist ja hier nicht mehr fremd.

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 23.10.2018 21:55 – **An:** Christoph Schlatter

Als ich damals meine Heimatstadt verlassen habe, um in Zagreb zu studieren, hiess es dort ab und zu: «Wenn's dir hier nicht passt, dann geh doch zurück in dein Dorf.» Mit solchen Aussagen war ich in der Schweiz nicht konfrontiert – ausser beim Public-Viewing an der Fussball-WM, da ist anscheinend alles erlaubt. Allerdings bewege ich mich hier auch in einem offenen und



multikulturellen Milieu. Und dass sie nicht geäussert werden, heisst ja nicht, dass solche Gedanken hier nicht existieren.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 25.10.2018 08:50 – **An:** Nina Vladović

Ich habe mir schon gedacht, dass wir irgendwann auf Fussball kommen... Es gibt im Sport eine Form von Nationalismus wie sonst kaum mehr irgendwo. Warst du denn beim Public-Viewing in eine kroatische Fahne gehüllt? Hast du aggressive kroatische Schlachtgesänge gebrüllt? Nein? Aber man kann natürlich auch sagen: Besser ist's, dass die Völker auf dem Fussballrasen kämpfen, als dass sie mit Waffen aufeinander losgehen.

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 25.10.2018 19:53 – **An:** Christoph Schlatter

Als Gewinnerin des VPOD-EM-Tippspiels von 2016 – du erinnerst dich! – musste ich ja irgendwann beim Fussball landen. Hochspannend: Der Fussball bietet ein sozioökonomisches, politisches und kulturelles Spiegelbild der Gesellschaft. Und die Schweizer Mannschaft fasst die migrationshistorische Entwicklung der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg zusammen... Ich erinnere mich an eine Szene während des WM-Spiels Schweiz-Serbien diesen Sommer. Als ein Schweizer von einem Serben gefoult wurde, fing eine junge Anhängerin im Schweizer Trikot an, lautstark gegen Menschen mit -ić-Nachnamen zu schimpfen. 5 Minuten später wurde Mario Gavranović für die Schweiz eingewechselt.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 26.10.2018 10:17 – **An:** Nina Vladović

Beim Fussball kann man auch – siehe Doppeladler – erkennen, dass das nationalstaatliche Konzept heute einfach nicht mehr richtig passt. Behrami, Khaka, Shakiri, Rodriguez, Embolo und viele andere haben mehrere Wurzeln. Damit sind wir beim «two» in «Me two»: der Feststellung, dass man durchaus zwei (oder mehr) Heimaten haben kann. Du auch?

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 26.10.2018 18:54 – **An:** Christoph Schlatter

Me too! Allerdings verwende ich den Begriff «Heimat» kaum.



Aber ja: Meine Identität ist geprägt von allen Erfahrungen, die ich während meines Lebens gesammelt habe. Diese fanden statt in nationalen und internationalen Kontexten, aber auch in Zusammenhängen, wo Staatsgrenzen keine Rolle spielen.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 29.10.2018 09:21 – **An:** Nina Vladović

Natürlich ist Heimat ein aufgeladener Begriff. Aber gleichzeitig ein offener: Das muss kein Staat sein, das kann eine Stadt sein oder eine Gegend, ein Berg oder ein Haus. Oder eine Sprache, ein Dialekt, Musik, Menschen. Insofern finde ich das Wort ganz produktiv. Durchaus im Gegensatz zum Nationalstaat: Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Koppelung der bürgerlichen Errungenschaften an den Nationalstaat fatal war, wenn auch womöglich historisch «notwendig» (falls es sowas gibt).

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 29.10.2018 22:39 – **An:** Christoph Schlatter

Die Ausstellung «Heimat» letztes Jahr im Stapferhaus fand ich eindrücklich. Ich muss zugeben, dass ich danach angefangen habe, den Begriff häufiger zu verwenden. In meiner ersten Sprache gebrauche ich ihn aber nach wie vor selten, weil mich «Domovina» an die Kriegszeit erinnert. In den 1990er Jahren wurde das Wort von den politischen Eliten verwendet, um Menschen gegeneinander aufzubringen. Als ich dann in den «Westen» kam, habe ich etwas sehr Spannendes beobachtet: Menschen aus den verschiedenen ex-jugoslawischen Staaten,

die im Balkan getrennt sind, halten sich hier an den gleichen Orten auf. Tanzen im Jugendclub zu Turbo-Folk. Spielen auf einem Markt im Wiener Bezirk Ottakring gemütlich Schach und trinken Kaffee dazu. Eine neue Heimat: Lieblingsklub in einem Aggloort oder ein Tisch mit Schachbrett zwischen einem Blumenladen und einer Čevabdžinica in einer europäischen Grossstadt... Aber es ist nicht lange her, dass Menschen im ehemaligen Jugoslawien für die Heimat gestorben sind.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 30.10.2018 12:01 – **An:** Nina Vladović

Jedenfalls steht uns heute bei der Lösung der grossen Fragen der Menschheit die Tatsache im Weg, dass anderthalb Jahrhunderte lang nationalstaatliche Mythen gezüchtet und bewirtschaftet wurden und immer noch werden. Und traurig ist, dass es mit der Überwindung des Nationalismus nicht mehr vorwärts-, sondern rückwärts geht. Siehe Trump. Siehe Orban. Siehe Salvini. Siehe Brexit. Jenes Europa, das doch mal als Friedensprojekt gestartet ist, scheint vor unseren Augen auseinanderzubrechen.

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 30.10.2018 22:39 – **An:** Christoph Schlatter

In der politischen Philosophie werden auch positive Aspekte einer nationalen Identität genannt. Indem der Nationalstaat Menschen mit unterschiedlichen Interessen verband, ermöglichte er – so die These – die Demokratie und auch den Sozialstaat. Aber diese These wirft meines Erachtens einige Fragen auf. Erstens nehmen die Minderheiten häufig am demokratischen Prozess gar nicht teil. Und zweitens entsteht in unserem zunehmend multikulturellen Zeitalter ein Misstrauen bei der Mehrheitsbevölkerung. Diese hat Angst, ihren Status oder einen Teil ihrer kulturellen Identität zu verlieren. Damit stösst die Idee der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität schnell an ihre Grenzen. Im heutigen Europa ist der Nationalstaat, wie du richtig sagst, eher ein Stolperstein.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 31.10.2018 15:47 – **An:** Nina Vladović

Deine Erfahrung aus (Ex-)Jugoslawien zeigt ja deutlich, wie man solche Vaterlän-

der oder Heimaten konstruieren – und je nach Zweck eben auch de- oder umkonstruieren – kann. Du hast von der Angst der Mehrheitsbevölkerung gesprochen. Ich bin nie so ganz sicher, wie ernst man diese Angst – oder, wie es heute noch diffuser heisst, diese «Ängste» – wirklich nehmen soll. Angst wird ja auch bewusst geschürt und eingesetzt und hat oft nichts zu tun mit den wirklichen Gefahren. Und jetzt ist die muslimische Zuwanderung offenbar gerade die allerallergrösste Bedrohung.

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 31.10.2018 21:18 – **An:** Christoph Schlatter

Nationale Identität besteht halt auch in der Abgrenzung zu anderen Identitäten. Natürlich ist Angst häufig nicht rational und hat wenig mit den wirklichen Gefahren zu tun. Aber wie das Thomas-Theorem sagt: Wenn die Menschen eine Situation als wirklich betrachten, ist sie auch in ihren Konsequenzen wirklich, auch wenn der Ausgangspunkt objektiv unreal war. Das gilt auch für die Angst: Sie hat reale Folgen. Brennende Flüchtlingsunterkünfte oder die Ausschreitungen von Chemnitz zeigen, dass man sie wohl ernst nehmen sollte.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 01.11.2018 13:47 – **An:** Nina Vladović

Angesichts von Chemnitz (ex Karl-Marx-Stadt) muss man auch feststellen, dass Marx' Diktum, wonach der Proletarier eben kein Vaterland hat, sich nicht wirklich durchgesetzt hat. So etwas Ähnliches habe ich ja im Oktober-Editorial dieses Magazins geschrieben. Prompt ist ein langjähriges Mitglied aus dem VPOD ausgetreten mit empörtem Schreiben, in dem es mir «sozialistischen Internationalismus» vorwarf. So etwas macht mich sprachlos. Wenn jemand so weit weg von mir ist und von der DNA unserer Bewegung, dann habe ich stets das Gefühl: Streiten lohnt sich gar

nicht. Für meine Argumente sind solche Leute nicht (mehr) zugänglich. Wie gehst du mit so etwas um? Kennst du dieses «Reden bringt nichts»-Gefühl?

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 01.11.2018 20:16 – **An:** Christoph Schlatter

Ich muss zugeben, dass ich erst jetzt dein Editorial in der Oktober-Ausgabe gelesen habe. Wir alle haben diese «Reden bringt nichts»-Momente erlebt. Haben uns die Frage gestellt, ob es sich lohnt, weiter zu diskutieren. Dazu sage ich: Zu früh aufhören ist Resignation, zu spät Zeitverschwendung. Und es gilt gut zu überlegen, in welchem Rahmen und in welchem Ton wir mit jemandem reden. Grundsätzlich finde ich Reden nach wie vor hilfreich. Wäre es anders, müsste ich auch den Wert von «Me Too» und «Me Two» bezweifeln. Und diese Debatten haben doch wichtige Anstösse gegeben, medial, aber auch im privaten Rahmen. Diejenigen, die nicht zuhören wollen, wird es immer geben. Soll man deswegen aufhören zu diskutieren? Ich hoffe fest: nein.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 02.11.2018 08:56 – **An:** Nina Vladović

Mit Rassisten diskutieren, das ist, wie mit einer Taube Schach spielen: Egal wie gut du bist, egal wie sehr du dich anstrengst, am Ende wird die Taube aufs Spielfeld kacken, alles umschmeissen und umherstolzieren, als hätte sie gewonnen. (Das ist nicht von mir, das wird dem Fussballer Eric Cantona zugeschrieben.) – So. Und jetzt komme ich zu dem Punkt, der mich in solchen Diskussionen immer am meisten aufregt. Nämlich: Selbstgerechtigkeit.

Dass Leute so tun, als ob es ihre eigene Leistung wäre, dass sie hier im Wohlstand leben. Und als ob die anderen, die zur falschen Zeit am falschen Ort auf der Welt geboren wurden, daran selber schuld seien. Als ob die nicht berechtigt wären, wenigstens den Versuch zu unternehmen, sich auch ein Stück vom Kuchen abzuschneiden.



Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 02.11.2018 21:24 –
An: Christoph Schlatter

Die Tauben-Allegorie ist überspitzt (ist ja auch, zugegebenenmassen, ihr Zweck). Sie ist keine allgemeine Regel. Das Gespräch zwischen Andersdenken ist wichtig für die politische Meinungsbildung. Wo die Debatte fehlt, werden Feindbilder und Polarisierung verstärkt. Mir fällt auf, wie vielen Desinformationen die Leute ausgesetzt sind. Beispiel: «Flüchtlinge wollen nicht arbeiten.» Eine ältere Dame war einmal zutiefst bestürzt, als ich ihr erklärte, dass sie je nach Status nicht arbeiten dürfen. Das hat ihr Weltbild ziemlich über den Haufen geworfen. Dass manche Menschen nicht bereit sind, ihren Wohlstand zu teilen, kann eine Folge solcher Desinformation sein. Oder das Zeichen dafür, dass sie nicht sehr lange darüber nachgedacht haben, woher dieser Wohlstand kommt. Sicher spielen die nationale Identität und das darauf



beruhende Zusammengehörigkeitsgefühl dabei eine Rolle. Menschen sind eher bereit zu teilen, wenn das Gegenüber «ähnlich» ist. Aber wehe, wenn ein Ausländer Sozialhilfe kriegt...! Allerdings ist auch unter Migrantinnen und Migranten manchmal zu hören, andere (nationale) Minderheiten hätten die Unterstützung nicht verdient...

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 05.11.2018 16:52 – **An:** Nina Vladović

Vergisst man gern: Auch Ausländer können Rassistinnen sein... Es gab jüngst dieses Event «Die Schweiz spricht», wo Menschen zusammengeführt wurden, die politisch unterschiedlicher Ansicht sind. Wie man lesen konnte, verlief alles friedlich.

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 05.11.2018 21:24 –
An: Christoph Schlatter

Ich empfinde diesen Anlass als etwas sehr Positives. Auch wenn das Ergebnis möglicherweise verzerrt war, weil die Teilnehmenden eben diese grundsätzliche Bereitschaft zum Gespräch mitbrachten: Das Experiment hat gezeigt, dass das Gespräch zwischen Andersdenkenden möglich ist. Reden finde ich wichtig. Genauso wichtig ist, dass es mit der Partizipation sozial marginalisierter Gruppen vorwärtsgeht. Eine direkte Anfeindung kann schmerzhaft sein. Die Entrechtung auf der politischen Ebene ist gefährlich.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 06.11.2018 16:52 – **An:** Nina Vladović
Und was könnten wir da noch tun, ausser reden? Was muss in der heutigen Schweiz geschehen, damit diese latente oder offene Ablehnung von Zugewanderten schwindet? Kann sein, dass ich jetzt etwas pessimistisch rüberkomme. Aber wenn es um politische Partizipation geht, scheint unsere direkte Demokratie nahezu unbeweglich. Vorlagen über ein Ausländerstimmrecht werden regelmässig mit brutalen Mehrheiten abgeschmettert.

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 08.11.2018 22:44 – **An:** Christoph Schlatter

Das heilige Rezept für eine offene Gesellschaft habe ich nicht. Sonst wäre das hier nicht nur ein E-Mail-Dialog, sondern ein historischer Augenblick. Direkte Demokratie ist nicht ganz unbeweglich, aber ihre Mühlen mahlen langsam. Die Männer mussten erst zustimmen, damit die Frauen das Stimmrecht bekamen. Genau so sieht es heute mit der Migrationsbevölkerung aus. Wenn ich auf zunehmende Inklusion hoffe, dann spricht die Optimistin in mir (die ich manchmal füttern muss). Und nicht die Zynikerin, die es auch gibt.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 09.11.2018 16:52 – **An:** Nina Vladović

Dann sind wir also knapp am historischen Moment vorbeigeschrammt. Schade eigentlich! Aber ernsthaft: Vielleicht braucht es, analog zum Frauenstreik, mal einen Ausländerstreik in diesem Land. Was hältst du von dieser Idee?

«Anfeindung ist schmerzhaft, politische Entrechtung gefährlich.»

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 09.11.2018 22:44 –
An: Christoph Schlatter

Ein Streik wirft Licht auf Probleme und regt Diskussionen an. Er zeigt Ähnlichkeiten zwischen Menschen, anstatt ihre Unterschiedlichkeit zu betonen. Und er stiftet die Leute dazu an, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Aus dieser Perspektive fände ich einen solchen Streik wichtig. Über die Migrantinnen und Migranten wurde so lange unter dem Blickwinkel des Defizits gesprochen, dass sie selber angefangen haben, daran zu glauben. Diese Einstellung ist überall spürbar, von links bis rechts, von unten bis oben. Ich weiss nicht, wie oft ich gehört habe, es sei doch erstaunlich, dass ich als Migrantin und Arbeiterkind hier studiert habe. In einem solchen Kontext fangen die Leute an zu glauben, sie könnten eh nicht das tun, was sie möchten. Sie sind zum Arbeiten hier und nicht zum Träumen. Das sind nicht meine Worte. Das sind Worte von Zugewanderten, denen ich hier begegnet bin. Zum Beispiel als sie abends mein Büro putzten. Gleichzeitig soll man klar aufzeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund einer strukturellen Benachteiligung ausgesetzt sind.

Von: Christoph Schlatter – **Gesendet:** 10.11.2018 10:46 – **An:** Nina Vladović

Also könnten wir das mitnehmen aus dem Gespräch: dass man eher den Optimisten als den Zyniker in sich füttern sollte. Dass man im Dialog bleiben muss. Und dass die Dinge sich durchaus bewegen, wenn auch aufreizend langsam. Einen Streik der Zugewanderten müsste man allerdings sehr behutsam durchführen, weil ansonsten in der Schweiz das grosse Chaos ausbrechen würde.

Von: Nina Vladović – **Gesendet:** 12.11.2018 22:04 –
An: Christoph Schlatter

Speziell im Gesundheitswesen. Oder in der Gastronomie. Versteh mich nicht falsch, Christoph, die Zynikerin in mir behalte ich. (Auf ihr beruht mein Sarkasmus.) Die Frage ist nur, wann ich ihr Raum gebe und wie viel. Aber das Fazit «Dranbleiben» nehme ich mit. Demokratie ist nicht gottgegeben. An Demokratie muss man arbeiten. Das scheint häufig vergessen zu gehen.

Interview mit der Arbeitspsychologin Gudela Grote, Mitherausgeberin des Schweizer HR-Barometers 2018 zu Integration und Diskriminierung

«Die Schweiz kann eine Brücke sein»

Wie diskriminiert sind unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen? Das *VPOD-Magazin* sprach mit der Mitherausgeberin des Human-Relations-Barometers, Arbeitspsychologin Gudela Grote. Auch über deren eigene Integrationserfahrungen. | Interview: Christoph Schlatter (Foto: Siraanamwong/iStock [Seite 19] und zVg)

VPOD-Magazin: «Insgesamt zeigt sich bei der wahrgenommenen Integration ein positives Bild», schreiben Sie im HR-Barometer – weil mehr als 50 Prozent der ausländischen Befragten sich im betrieblichen Umfeld «voll und ganz integriert» fühlen. Ist das Glas wirklich halbvoll? Nicht doch halbleer?

Gudela Grote: Es sind wenige, die die Extremposition auf der anderen Seite besetzen und sagen: Nein, das mit der Integration funktioniert für mich überhaupt nicht. Aber natürlich darf man das Resultat diskutieren. So lässt sich beispielsweise überlegen, inwiefern die Tendenz zu sozialer Erwünschtheit die Antworten beeinflusst hat.

Kann es sein, dass

Sie eine vergleichsweise gut qualifizierte Stichprobe untersucht haben?

Das trifft zu; wir weisen selber darauf hin. Hinsichtlich sprachlicher Integration ist auch relevant, dass sehr viele Deutsche in unserer Stichprobe sind. Und dann haben wir ja auch lediglich Leute befragt, die derzeit berufstätig sind.

Im RAV wären andere Antworten gekommen... Sie untersuchen die Faktoren, die zur Integration beitragen. Und kommen dabei auf das sogenannte Integrationsklima, das Integration befördert. Was ist darunter zu verstehen? Und unterliegen wir hier nicht einem Zirkelschluss?

Das Integrationsklima beschreibt Dinge wie Wertschätzung, Respekt, Gleichbehandlung – wobei der Fokus nicht allein auf der Herkunft liegt. Die Frage ist: Inwieweit fördere ich als Betrieb Chancengleichheit und lasse Andersartigkeit zu, auf welcher Ebene auch immer und wo auch immer sie herkommt? Hören wir einander zu? Besteht eine Bereitschaft, auf Wünsche oder Kritik einzugehen? Oder werden Meinungen a priori unterschiedlich gewichtet, je nachdem, wer sie äussert. Es

geht also darum, genauer zu beschreiben, was Integration beinhaltet. Und es geht auch um ganz praktische Dinge: Gibt es Sprachkurse? Gibt es Weiterbildung für alle?

«Diversity Management» nennt man das wohl neudeutsch. Wobei Diversität möglicherweise nicht in allen Bereichen gleichermassen erwünscht ist, oder? Möchte man auch hinsichtlich der intellektuellen Fähigkeiten wirklich das ganze Spektrum abbilden?

Das ist eine sehr interessante Überlegung... Die Frage, ob Diversität generell etwas Gutes ist oder nicht, wird natürlich schon lange diskutiert. Dabei gab es eine Wende hin zu einer grundsätzlich positiven Sicht von Vielfalt.

Danach bestünde das Ziel auch nicht mehr nur darin, Diskriminierung zu verhindern. Vielmehr sollen unterschiedliche Hintergründe, Sichtweisen, Lebensentwürfe explizit als Bereicherung begrüsst werden. Ich würde das durchaus auch für die kognitiven Fähigkeiten postulieren: Wir brauchen nicht lauter Einsteins in einem Betrieb. Sonst produzieren wir Unterforderung und Bore-out. Und es ist auch fraglich, ob sich alle – Stichwort: Digitalisierung – auf Teufel komm raus weiterbilden müssen in Dingen, die am Ende womöglich gar nicht gefragt sind. Vielfalt kann auch im marktwirtschaftlichen Sinn willkommen sein:

Ein Unternehmen mit vielfältiger Kundschaft wird bessere Produkte machen, wenn es diese Vielfalt auch im Innern abbildet. Aber ich muss Diversität natürlich *wollen*. Dass es den Alltag nicht einfacher macht, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft und aus unterschiedlichen Milieus zusammenarbeiten, ist



Gudela Grote.

«Es gab eine Wende von reiner Diskriminierungsvermeidung hin zu einer grundsätzlich positiven Sicht von Diversität.»

«Ungenügende Sprachkenntnisse erweisen sich als grösste Integrationsbarriere.»

unbestritten. Aber es ist ein Unterschied, ob ich das als leider leider notwendiges Übel in Kauf nehme. Oder ob ich dem positiv gegenüberstehe.

Es ist eine ähnliche Diskussion wie diejenige über Migration, die sich gerade am Unomigrationspakt kristallisiert (siehe Kasten folgende Seite). Ist Migration – die ja zur Vielfalt wesentlich beiträgt – eigentlich begrüßenswert oder nicht? Sie machen in Ihrer Studie konkrete Handlungsvorschläge. Was können Betriebe tun, um das Integrationsklima zu verbessern?

Sie können konkrete Angebote machen: Schulungen für die Förderung interkultureller Kompetenz, Kennenlernveranstaltungen. Eine offene Kommunikationskultur zu etablieren, ist hilfreich. Und hilfreich sind,

ganz basal, Sprachkurse. Denn die Sprache taucht in unserer Untersuchung als die grösste Integrationsbarriere auf. Wer die Sprache

nicht kann, ist aussen vor. Allerdings kommt es auch vor, dass Betriebe Kurse anbieten, die Leute aber nicht hingehen.

Im Gesamtarbeitsvertrag Reinigung, wo der VPOD Vertragspartner ist, sind solche Kurse vorgesehen – und Basis für beruflichen Aufstieg und mehr Lohn.

Eine Erleichterung ist natürlich, wenn die Kurse mindestens teilweise als anrechenbare Arbeitszeit gelten. Schwierig ist es, wenn man die Sprache

im Arbeitskontext (vermeintlich) gar nicht benötigt. Mit dem Reinigungspersonal hier im Haus kann ich nicht reden. Aber dieses hat wohl auch nicht das Gefühl, dass es mit mir reden müsste. Sie spulen ihr Programm ab – und weg sind sie, im nächsten Büro.

Dabei dürfte Arbeitsdruck eine Rolle spielen. Und auch Outsourcing: Gehörte das Reinigungspersonal zur ETH, wäre die Integration einfacher.

Wir haben die Diskussion auch bei den Kerntücken der ETH, den Studierenden und dem

«Die Dynamik spielt auch zwischen den Zuwanderungsnationen.»

wissenschaftlichen Personal. Muss man noch Deutsch können? Bei den Studierenden hat wieder ein Umdenken eingesetzt: Wenn man möchte, dass sie hier in Zürich nicht nur in einem Elfenbeinturm studieren, sondern Teil des Lebens sind, brauchen sie eben doch die

deutsche Sprache. ETH-Präsident Lino Guzzella hat stets darauf bestanden, dass die wichtigen Entscheidungsgremien an der ETH auf Deutsch funktionieren. Mit allen

Nachteilen, die das hat, weil einige Departmentvorsteher dann nicht immer verstehen, wovon die Rede ist.

Parallelgesellschaft auf hohem Niveau!

Es gibt diesbezüglich sicher grosse

Unterschiede nach Berufen. Nochmals die Reinigung: Dort weiss ich von Teams, die sich in eine albanisch- und eine portugiesischsprachige Gruppe teilen. Ohne eine dieser beiden Sprachen ist man ziemlich verloren, Deutsch ist weniger gefragt.

Ich habe seinerzeit bei einem Projekt mit Sie-

mens in Bronschhofen eine ähnliche Konstellation angetroffen. Dort gab es eine Gruppe Serbinnen und eine Gruppe Kroatinnen, die je wunderbar funktionierten. Für die Firma ging es eher darum zu schauen, dass sie sich nicht gegenseitig mit ihren Vorurteilen und Feindbildern eindecken. Die Problematik von Integration und Diskriminierung spielt ja auch *zwischen* den Zuwanderungsnationen. Da kann die Schweiz eine Brücke sein.

Und auch die Gewerkschaft könnte helfen. – Ihre Untersuchung fragt unter dem Stichwort Diskriminierung nach der subjektiven Erfahrung. Diskriminierung wird bei der Bewerbung und hinsichtlich des Lohns ausgeprägter erlebt als im betrieblichen Alltag. Gerade für den Lohn und für Bewerbungsverfahren wissen wir aus anderen Studien sehr genau, dass und wie stark auch objektiv Diskriminierung stattfindet. Dass Leute mit ausländischen Namen beispielsweise viel seltener zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden. Subjektive Faktoren sind aber ebenfalls relevant. Im Arbeitsalltag werden die Kundinnen und Kunden...

Den Migrationspakt unterzeichnen!

Im Juni 2018 haben sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf ein Übereinkommen geeinigt, das einen Kooperationsrahmen für die Regulierung von Migration schafft. Der sogenannte Uno-Migrationspakt (offiziell: «Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration») will das Grenzmanagement der Zufluchtsstaaten koordinieren, Fluchtursachen in den Herkunftsstaaten und das Schlepperwesen bekämpfen sowie Menschenrechte und Grundfreiheiten für die Migrantinnen und Migranten gewährleisten. Diese Ziele können in der Tat nur durch die Zusammenarbeit aller Akteure erreicht werden. Insofern ist es ein historischer Durchbruch, dass die Uno sich zum ersten Mal auf ein Regelwerk zur Migration hat einigen können.

Die Schweiz hat zu diesem Erfolg massgeblich beigetragen. Dass nun ausgerechnet hierzulande Stimmen laut werden, der Bundesrat solle den Migrationspakt nicht unterzeichnen und diesen dem Parlament zur Abstimmung vorlegen, ist ein Trauerspiel. Die Unterzeichnung liegt in der Kompetenz des Bundesrates.

An der konkreten Migrationspolitik der Schweiz würde sich mit dem Inkrafttreten des Paktes ohnehin nichts ändern, da dieser rechtlich nicht

In Marrakesch soll der Migrationspakt im Dezember unterzeichnet werden.



verbindlich ist: Der Pakt bekräftigt das souveräne Recht der Staaten, ihre nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen, sowie ihr Vorrecht, die Migration innerhalb ihres Hoheitsbereichs in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht selbst zu regeln.

Diese Unverbindlichkeit kann man als Schwäche des Paktes ansehen – umso weniger sollte jedoch das politische Signal bestritten sein, das

der Pakt aussendet: der Wille zur internationalen Zusammenarbeit und zur Wahrung von Menschenrechten auch für jene, die unterwegs sind. Dass inzwischen Staaten wie die USA, Australien, Ungarn und Österreich verkündet haben, den Uno-Migrationspakt nicht unterzeichnen zu wollen, ist ein Armutzeugnis, an dem sich unser Land kein Beispiel nehmen sollte. | VPOD-Verbandskommission Migration (Foto: Tim Adams)

... im Service public würde man eher von Patientinnen oder Klienten sprechen...

... als etwas diskriminierender erlebt als die Kolleginnen und Kollegen.

Mein küchenspsychologischer

Ansatz: Vorurteile schwinden, wenn man sich kennenlernt. Im kurzen Kundenkontakt halten sie sich besser.

Der Unterschied ist allerdings nicht riesig: 19 Prozent der Befragten sagen aus, im Arbeitsumfeld gelegentlich von der Kundschaft diskriminiert zu werden, 17 Prozent sagen, dass sie gelegentlich Diskriminierung durch die *Kolleginnen und Kollegen* ausgesetzt sind.

Es handelt sich dabei immer um ein Gemisch zwischen objektiven Tatsachen und subjektiver Empfindung. Vielleicht wird Kollegin X. tatsächlich übergangen bei der Frage «Wer kommt mit zum Mittagessen?» Aber

vielleicht ist Kollege Y. auch wirklich sehr sensibel. Oder versteht Signale falsch.

Oder erkennt die Ironie in einer Aussage nicht. Da sind wir wieder bei der Sprache. Vielleicht können Sie die Problematik, die Zuwanderer aus Deutschland in der Schweiz vorfinden, aus Ihrer eigenen Biografie illustrieren?

Ich stamme aus Hessen und bin vor 30 Jahren in die Schweiz gekommen. In dieser Situation dauert es nicht lange, bis man im Alltag einwandfrei funktioniert – sofern es einen nicht gerade ins hinterste Lötschental verschlägt. Etwas anderes ist das aktive Sprechen: Ich habe es mit dem Schweizerdeutschen rasch wieder aufgegeben. Ich bekam ja überhaupt keine Gelegenheit zum Üben. Sobald ich mal etwas ausprobierte, dachten alle gleich, ich mache mich lustig.

Die ganze Schweiz lachte über die Arztgattin in den «Schweizermachern»: «Es isch es choge Züg mit dene cheibe Bölle...»

Und ich kann kein rollendes R sprechen. Drum hört sich das bei mir sehr merkwürdig an.

Da würde ich Ihnen zum Schaffhauser Dialekt raten, wo Sie mit einem Gaumen-R durchkommen...

Bei Zuwanderern aus anderen Sprachregionen gibt es noch andere Schwierigkeiten. Manche realisieren zu Anfang nicht einmal, dass es sich um zwei Sprachen handelt. Oder beherrschen Mundart wunderbar, aber können nicht gut auf Deutsch schreiben. Damit sind sie im Alltagsleben besser integriert,

aber im beruflichen Fortkommen natürlich stark eingeschränkt.

Nochmals zum «Feinstofflichen»: Man kann sich ja durchaus Situationen vorstellen, in denen Dinge als Diskriminierung empfunden werden, die vielleicht gar keine sind. Ich denke an einen Witz, den der Kollege in der Pause macht. Alle lachen. Ich hab's nicht verstanden. Dann frage ich mich: Lachen die etwa über mich?

Solche Dinge bleiben ja noch nach Jahren. Ich habe längere Zeit im angelsächsischen Raum gelebt. Und ich kann gut Englisch; daran liegt's nicht. Trotzdem gab es immer

wieder Situationen, in denen ich mich als Nicht-zugehörige gefühlt habe. Zum Beispiel, wenn ich Anspielungen nicht verstanden habe, die sich auf eine TV-Sendung bezogen, die alle in ihrer US-Kindheit gesehen

hatten, aber ich natürlich nicht in ARD oder ZDF. Das Verstehen solcher Bezüge wäre dann die höhere Stufe der Integration.

Interessant wäre bestimmt auch, wenn das gleiche Barometer – in der Schweiz heisst es ja eigentlich «der Barometer» – in den Nachbarländern der Schweiz durchgeführt würde.

Zweifellos. Leider haben wir das diesmal nicht realisieren können. Vor einigen Jahren haben wir es gemacht: Wir haben die Untersuchung parallel auch in Deutschland, Frankreich und Italien laufen lassen; allerdings ging es damals nicht schwerpunktmässig um Integration und Diskriminierung. Ich denke, dass die kulturellen Spezialitäten, die wir damals festgestellt haben, auch in unserem Thema sichtbar würden. Klar: Viele Dinge funktionieren in der Schweiz einfach besser. Aber zugleich gibt es hier auch eine gewisse Hemmung, Kritik anzubringen, während es in anderen Ländern schlicht zum guten Ton gehört, erst einmal ausgiebig zu jammern und zu fluchen über die Zumutungen, die täglich 8 Stunden an einen gestellt werden. Und in der Schweiz erträgt man auch mehr als 8 Stunden mehr oder weniger klaglos.

«In der Schweiz äussert man Kritik eher vorsichtig. Anderswo gehört Jammern zum guten Ton.»

Diversität sollte nicht als leiderleider notwendiges Übel, sondern als positive Erscheinung wahrgenommen werden. Auch wenn das Anstrengung bedeutet.





Gute Stimmung: Demo gegen Abbau bei der Kinderbetreuung in Lausanne.

Schlechte Stimmung: JVA Thorberg.



sich gegen einen schlechteren Betreuungsschlüssel und die Senkung der Ausbildungsstandards, wie sie von der Interkommunalen Trägerschaft EIAP vorgesehen sind. Wenn sich diese nicht zu Verhandlungen bereitfindet, geht der Kampf weiter. Der Grossaufmarsch ist besonders bemerkenswert, weil er in einer bis dato nicht sehr gewerkschaftsnahen Branche stattfindet. Auffallend war, wie viele junge Demonstrantinnen auf der Strasse waren und wie stark auch von Elternseite Support geleistet wurde. Auch dort macht man sich Sorgen, dass die Entwicklung just in die verkehrte Richtung läuft: weniger statt *mehr* Personal, das schlechter statt *besser* ausgebildet ist. | *vpod* (Foto: Valdemar Verissimo)

Flughafen Zürich: 4 Prozent mehr Lohn!

Die GAV-Verhandlungen mit Swissport am Flughafen Zürich schienen bereits gescheitert. Ein erstes Resultat – die blosser Verlängerung des bestehenden GAV um 1 Jahr – hatten die Mitglieder des VPOD Luftverkehr zurückgewiesen, teilweise im Gegensatz zu den anderen involvierten Gewerkschaften. Während die Beschäftigten in der Gepäckverarbeitung dringend notwendige Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen forderten, bestand die Swissport auf Abbau. In den Nachverhandlungen kam dann die Einigung: Es gibt eine gestaffelte Lohnerhöhung von 4 Prozent bis 2021; zudem erhalten im Januar 2019 alle einmalig 500 Franken. Weiter wurde der Anteil der Temporärarbeit bei Swissport auf 12,5 Prozent beschränkt. Im Gegenzug bot der VPOD Luftverkehr Hand zu mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit. Die Swissport, heute im Besitz eines chinesischen Konzerns, ist eine der Firmen, die aus der Swissair hervorgegangen sind; seit dem Grounding sind dort die Löhne um bis zu 20 Prozent gesunken, weil der Zerfall der Flugpreise grösstenteils auf dem Buckel des Personals stattfand. VPOD-Sekretär Stefan Brülisauer sieht im neuen GAV-Abschluss daher ein wichtiges Zeichen gegen Dumping. | *slt*

Kinderbetreuung: Gewaltaufmarsch in Lausanne

VPOD-Regionalsekretärin Maria Pedrosa hatte bei der Stadt Lausanne eine Demo von 200 bis 500 Personen angemeldet; später korrigierte sie die Zahl auf 1000. Überwältigend: Zur Demo gegen Abbau bei der schulergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Waadt kamen über 8000 Leute! Zahlreiche Horte im Kanton blieben den ganzen Tag oder zumindest am Nachmittag geschlossen. Das Personal wehrt

Basel-Stadt: Lange genug gewartet

Die baselstädtischen Kantonsangestellten sind des Wartens müde: Sie verlangen ultimativ die Gewährung des Teuerungsausgleichs für das gesamte Personal. Der Grosse Rat wird darüber im Dezember entscheiden. Hinter der Forderung steht nicht nur der VPOD, sondern die gesamte Arbeitsgemeinschaft der baselstädtischen Staatspersonalverbände. Man erwarte «ein Zeichen der Wertschätzung für die guten und zuverlässig erbrachten Leistungen», heisst es. Die bisherige Praxis der Verrechnung mit der negativen Teuerung ist aus Sicht der Angestellten fragwürdig und bedarf der juristischen Klärung. | *vpod*

Affront gegenüber dem Bundespersonal

Erwartetes BIP-Wachstum: 2,1 Prozent, Teuerungsprognose: 1 Prozent, Überschuss beim Bund: 1,3 Milliarden Franken. Trotz dieser Parameter will der Bundesrat dem Personal nur einen Teil der Teuerung ausgleichen. Den Rest der nötigen Summe sollen die Departemente mittels Kürzungen in anderen Bereichen bereitstellen. Ein weiterer Affront: Künftig sollen alle lohnrelevanten Leistungsbeurteilungen dem Prinzip der Normalverteilung (Gauss'sche Kurve) folgen. Bestnoten haben demnach zwingend ebenso viele Tiefnoten zur Folge. Perverserweise führt die Regel also in der Praxis dazu, dass keine «sehr gut» mehr ausgestellt werden, weil daraus folgt, dass jemand anderes abgestraft wird. Der VPOD ist wie die gesamte Verhandlungsgemeinschaft empört über diese Politik. Angesichts des Milliardenüberschusses muss auf jeden Fall der Teuerungsausgleich gewährt werden. | *vgb*

Thorberg-Personal ernst nehmen

Die Mitarbeiterbefragung in der Justizvollzugsanstalt Thorberg (Kanton Bern) zeigt klar: Das Personal wurde jahrelang zu wenig ernst genommen. Seit Jahren ist die schlechte Stimmung vor Ort bekannt – aber Mitsprache blieb ein Lippenbekenntnis. Daher begrüsst der VPOD, dass von der Polizei- und Militärdirektion jetzt externe Beratungspersonen beigezogen werden. Der VPOD fordert die Einsetzung einer Betriebskommission. | *vpod* (Foto: Yesuitus2001/Wikimedia)

Respekt@VPOD: Kündigung war missbräuchlich

5 Jahre hat es gedauert, bis der rechtskräftige Entscheid vorlag: Das Appellationsgericht Basel bestätigt, dass die Kündigung von Božena Domanska missbräuchlich war. Die Care-Arbeiterin ist die Frontfrau des VPOD-Netzwerks Respekt@VPOD. Im Sommer 2013 hat sie in einem Dokumentarfilm des Schweizer Fernsehens und in der Presse ihre Arbeit als Langzeitbetreuerin in Privathaushalten und ihr gewerkschaftliches Engagement geschildert. Unmittelbar danach wurde sie bei der privaten Basler Spitefirma Perspecta entlassen. Der VPOD zog wegen missbräuchlicher Kündigung vor Gericht, auch mit der Forderung nach Lohn während der Kündigungsfrist. 2017 beurteilte bereits das Basler Zivilgericht die Kündigung als missbräuchlich. Domanska habe mit der Teilnahme am Film nicht gegen die Treuepflicht verstossen. Doch die Perspecta AG zog den Fall weiter. Das Appellationsgericht hat nun die Vorinstanz bestätigt, auch hinsichtlich der Nachzahlung. Das Gerichtsurteil ist ein wichtiges Signal: Care-Arbeiterinnen wissen sich – auch dank dem VPOD – zu wehren. Aktuell geht es um die kantonale Regulierung der Branche mittels Normalarbeitsvertrag. Der VPOD setzt sich dabei und weiterhin für verbindliche Leitplanken ein. | *Elvira Wieggers, VPOD-Zentralsekretärin*

EuGH: Ferien verfallen nicht einfach so

Der Europäische Gerichtshof EuGH hat die Rechte der Arbeitnehmenden gestärkt. Der Anspruch auf Ferien verfällt nicht einfach dadurch,

Urlaub verfällt nicht so leicht, sagt der EuGH.



dass er nicht eingelöst wird. Zwei Arbeitnehmer hatten ihre Stelle aufgegeben und wollten sich den nicht bezogenen Resturlaub finanziell abgelden lassen. Die Arbeitgeberseite stellte sich auf den Standpunkt, der Urlaubsanspruch sei verfallen, weil die Betroffenen ihre Ferien gar nicht beantragt hätten. Der EuGH hingegen sieht in der Konstellation «abhängige Erwerbsarbeit» die Arbeitnehmerseite als die schwächere Partei an, von der man je nach Betriebsklima nicht verlangen könne, aktiv auf ihren Ferienanspruch zu pochen. In einem anderen Fall hat der EuGH entschieden, dass Urlaubsansprüche sogar vererbbar sind. Erbberechtigte können sich nicht bezogene Ferien Verstorbener auszahlen lassen. Nationale Gesetzgebung, die dem entgegensteht, ist anzupassen. | *slt (Foto: der_wichtig/photocase.de)*

Susi Stühlinger Uustrinkete

Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, sagt Hermann Hesse. Ach wirklich? Wie war das mit dem Beginn des Irakkriegs? Der Präsidentschaft von Donald Trump? Oder nur schon dem nächsten Montag? Wer jemals einen Menstruationszyklus erlebt hat, wird vehement dementieren. Schon klar, so hat der gute alte Hermann das damals nicht gemeint. Vielmehr ging es irgendwie ums Abschiednehmen und darum, ohne Trauer, heiter, tapfer und zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Das wiederum mag einem angesichts der politischen Grosswetterlage derzeit nicht ganz leichtfallen. Oder auch nur schon angesichts des ganz Alltäglichen.

Die Beiz schliesst. Doris und Mario wagen den Anfang und brechen zu einer Weltreise auf, Rückkehr offen. Ihr spinnt doch, sagt Koni. Da gibt es Abertausende, die ihr Leben riskieren, um hierher zu gelangen, und ihr haut einfach ab. Im Gegenteil, sagt Doris, schau, wir sind so privilegiert, wir können jederzeit zurückkehren in ein sicheres, sauberes Land, in dem wir nicht verhungern müssen, und genau deshalb wäre es doch ein Affront, es nicht zumindest zu versuchen, grad weil wir so wenig riskieren. Hoffnungslos egoistisch, sagt Koni, und uns lasst ihr hier einfach allein ohne Beiz zurück!

Es folgen ausführliche, in leicht gehässigem Tonfall vorgetragene Erläuterungen zu Beizensterben, Gentrifizierung und zur Gesichtslosigkeit globalisierter Innenstädte, die en détail wiederzugeben ich hier verzichte. Und überhaupt, wozu geht ihr überhaupt auf Weltreise, sieht doch mittlerweile eh überall alles gleich aus, vor lauter McDonald's und Konsorten, sagt Koni gerade. Jetzt ist dann aber gut, sagt Mario, sonst findet das Beizensterben für dich persönlich genau hier und jetzt statt.

Der Abschied findet im kleinen Kreis statt: Koni, Doris, eine Handvoll weiterer Stammgäste. Was machst du mit deinem Lädeli, frage

ich Doris. Ja, darüber habe sie eben noch mit uns reden wollen, sagt Doris. Er, Koni, habe doch ohnehin nichts zu tun. Und sie werde ja auf Reisen sicher ständig ganz tolle Sachen entdecken, die man gut hierher schicken und im Lädeli verkaufen könnte, und das wäre vielleicht auch gar nicht so schlecht, schliesslich sei schon ein rechter Batzen ihrer Ersparnisse für den Regierungsratswahlkampf im vergangenen Jahr draufgegangen, den Erlös aus den Verkäufen könnte man ihr dann via Western Union überweisen, selbstverständlich abzüglich Miete und einer Provision für ihn, Koni, von fünfzehn Prozent ... Und noch bevor Koni etwas erwidern kann, fährt sie fort: Als grosser Kämpfer gegen die bis zur Gesichtslosigkeit globalisierten Innenstädte sollte dir so ein Lädeli eigentlich am Herzen liegen. Ausserdem ist dir eh langweilig ohne uns.

Koni sagt lange nichts. Dann sagt er: fünfzig Prozent. Fünfundzwanzig, sagt Doris. Mario bringt eine Runde Schnaps. Wie gesagt: Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, behauptet zumindest Hesse. Ende gut, alles gut, und wenn nicht, war es nicht das Ende, behauptet ein blöder Spruch aus dem Internet. Wie es weitergeht? Erfahren Sie in Ihrer Feierabendbierbar.



Susi Stühlinger ist Autorin, Schaffhauser Kantonsrätin und Jusstudentin.



Ausbeutung für viele?
Velokurierinnen aller Länder, vereinigt euch!

Velokuriere aller Länder ...

«Kurierfahrer sind die täglichen Helden der Nation, weshalb wir uns freuen, den einen oder anderen Kurierjob an junge, motivierte Fahrradfans vergeben zu dürfen», wirbt Foodora. Die Realität der Beschäftigten ist weniger heroisch. An einer Konferenz in Brüssel ist daher die «Transnational Cooperation of Cou-

riers» aus der Taufe gehoben worden. Ziel des Zusammenschlusses ist die Regulierung des (Velo-)Kurierwesens. Damit soll ein Preiskampf auf dem Buckel der Arbeitnehmenden verhindert werden. Speziell das Geschäftsmodell von Firmen wie Foodora oder Deliveroo steht in der Kritik, das die Unternehmensrisiken via Scheinselbständigkeit auf die Beschäftigten überwälzt. In der Schweiz ist das von der Firma NoTime versucht worden, die aber inzwischen von der Post geschluckt wurde. Die Schweizer Syndicom gehört zu den Gründungsmitgliedern der Kuriereinigung: Sie will verhindern, dass internationale Firmen unreguliert auf den Schweizer Markt kommen, und verhandelt einen GAV. | [syndicom/slt](#) (Foto: [svennesvensson/photocase.de](#))

Kasachstan: Repression und Gewalt

Gewerkschaften in Kasachstan sind unvermindert Repressionen und physischer Gewalt ausgesetzt. Der Vorsitzende der Erdöl- und

Energiegewerkschaft, Erlan Baltabai, wird mit einer fingierten Klage vor Gericht gezerzt; Dmitriy Senyavskiy, ein Funktionär derselben Gewerkschaft, wurde Opfer eines Schlägertrupps. Seit 2014 gilt in Kasachstan ein auch von der ILO stets kritisierendes Gesetz, das Gewerkschaften einem hürdenreichen Registrierungsverfahren unterwirft und damit das Koalitionsrecht unterminiert. Die Ex-Sowjetrepublik ist dank reicher Erdöl- und Erdgasvorräte das wirtschaftlich erfolgreichste Land Zentralasiens. Gemäss einem Bericht von Public Eye ist auch der Genfer Rohstoffhändler Vitol in Geschäfte mit der dortigen Machtelite verstrickt, die allein vom Reichtum profitiert. | [labourstart/hrw/slt](#) (Foto: [Ninaras/Wikimedia](#))

Kampf gegen «Water Grabbing»

Kampf ums Wasser als Menschenrecht: Vertretungen zahlreicher NGO haben sich in Bern zu einem Forum über «Water Grabbing» – wörtlich: «das Wasser abgraben»

Wirtschaftslektion AHV: Mehr Rente für weniger Beiträge

Rund 10 Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise spürt die Schweiz noch immer die Folgen. Hauptsächlich in den Pensionskassen. Die Schweiz gehört zur Minderheit der Länder, in denen das Kapitaldeckungsverfahren in der Altersvorsorge eine sehr wichtige Rolle spielt – zusammen mit den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich. Solange die Kapitalerträge sprudeln, funktioniert das bestens. Doch mit den Null- oder Negativzinsen lahmte der sogenannte «dritte Beitragszahler». Das hat Folgen – für die einzelnen Haushalte, aber auch für die Wirtschaft insgesamt.

Weil die Zinsen krisenbedingt ausserordentlich tief sind, haben die Pensionskassen ihre Beiträge erhöht. Die Arbeitnehmenden zahlen heute 0,5 Lohnprozente mehr für die Pensionskasse als vor der Finanzkrise. Das entspricht rund 1 Milliarde Franken zusätzlicher Beiträge pro Jahr. Gleichzeitig haben die Neupensionierten spürbar tiefere Renten als ihre Vorgängerinnen und Vorgänger. Vor allem weil die Vorsorgekapitalien in

den letzten Jahren wegen den tiefen Zinsen schlechter verzinst wurden. Sie haben weniger Alterskapital als jene Generationen, die früher in Rente gegangen sind. In den Statistiken ist das bereits deutlich sichtbar. Der «Rentenausfall» dürfte sich auf rund 2 Milliarden Franken jährlich belaufen.

Diese Einkommensausfälle haben sich mittlerweile auch im Schweizer Konsum niedergeschlagen. So sind die verfügbaren Einkommen jüngst schwächer gewachsen als die Löhne. Ebenfalls feststellbar ist, dass die Privathaushalte vermehrt sparen. Die Sparquote ist gestiegen. Was genau die Ursachen sind, ist noch im Detail zu klären. Man kann aber vermuten, dass eine steigende Unsicherheit über die Zukunft der Altersvorsorge dazu beigetragen hat, dass mehr auf die hohe Kante gelegt wird.

Der private Konsum ist in den Jahren 2010 bis 2017 hinter den Einkommen zurückgeblieben. Pro Kopf betrachtet, hat er mit einem nominalen Wachstum von 0,2 Prozent jährlich nahezu stagniert. Berücksichtigt man noch die relativ stark steigenden Gesundheitsausgaben – die auch Konsumausgaben sind –, so resultiert für die übrigen Konsumgütergruppen sogar ein Rückgang von 0,2 Prozent. Das dürfte die schwache Entwicklung im Schweizer Detailhandel zu einem grossen Teil erklären – ohne dass der Einkaufstourismus oder der Internethandel als Ursachen einbezogen werden müssen.

Zum Glück hat die Schweiz neben den Pensionskassen noch die AHV, die grösstenteils über Lohnbeiträge finanziert wird. In der gegenwärtigen Situation mit den tiefen Zinsen hat sie ganz eindeutig das bessere Preis-Leistungs-Verhältnis. Um die Rentenverluste auszugleichen, drängt sich deshalb eine Stärkung der AHV auf. Der grösste Teil der Berufstätigen erhält dann mehr Rente für weniger Beiträge.

Wachstum von Einkommen und privatem Konsum	(in Prozent pro Jahr)			
	2010–2017		1. Halbjahr 2018	
	nominal	real	nominal	real
Gesamtlohnsumme*	2,2%	2,5%	2,3%	1,4%
Lohn pro Vzäg.*	1,3%	1,6%	0,4%	-0,5%
Verfügbares Einkommen*	1,9%	2,1%	k. A.	k. A.
Bruttoersparnis*	2,5%	2,8%	k. A.	k. A.
Private Konsumausgaben total**	1,3%	1,7%	1,8%	1,2%
davon Gesundheitsausgaben	3,9%	k. A.	4,0%	k. A.
Private Konsumausgaben pro Kopf	0,2%	0,6%	1,0%	0,4%
Konsumausgaben ohne Gesundheit total	0,9%	k. A.	1,2%	k. A.
Konsumausgaben ohne Gesundheit pro Kopf	-0,2%	k. A.	0,4%	k. A.

* Preisbereinigt mit Landesindex der Konsumentenpreise
** Preisbereinigt mit Konsumdeflator

– getroffen und ein Manifest verabschiedet. Darin werden der rücksichtslose Abbau von Rohstoffen, eine industrielle Landwirtschaft, überdimensionierte Staudämme, das Geschäft mit Flaschenwasser und die Privatisierung des Trinkwassers als grösste aktuelle Probleme geschildert: Internationale Konzerne sichern sich so zunehmende Verfügungsgewalt über die knappe Ressource; viele Menschen werden ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Das Manifest fordert die Kontrolle der Allgemeinheit über das Wasser und propagiert partizipative, demokratische Modelle. Auch die Forderung nach günstigem Hahnenwasser im Restaurant steht auf der Liste. | *pd/slt*

Generalstreik in Tunesien

In Tunesien hat es im November einen Generalstreik im öffentlichen Dienst gegeben, der Schulen, Universitäten und die Verwaltung betraf; Nah- und Fernverkehr waren ausgenommen. Der Streik wurde gemäss

Medienangaben von 90 Prozent der knapp 700 000 Angestellten befolgt. Sie fordern höhere Löhne und einen verstärkten Kampf gegen Korruption. Seit dem Umbruch von 2011 ist Tunesien nicht mehr aus der Krise herausgekommen; die kaufkraftverzehrende Inflation beträgt 8 Prozent. Der Vorsitzende des nationalen Gewerkschaftsdachverbandes, Nourredine Taboubi, warnte vor einer «Revolution der leeren Mägen». | *slt*

Linz: Kultur unter Druck

Bei einem Streit um Geld zwischen dem Land Oberösterreich und der Stadt Linz droht die Kultur unter die Räder zu geraten. Unter den Beschäftigten des Landestheaters Linz und des Bruckner-Orchesters herrscht gemäss Gewerkschaft Youunion «grosse Verunsicherung», weil die Stadt droht, den Vertrag zu kündigen, der die Institutionen finanziert. Der Youunion-Landesvorsitzende Christian Jedinger nahm das Land in die



Reichtum für wenige?
Kasachstans Metropole Astana.

Pflicht: Dieses müsse die Finanzierung sicherstellen; der Theaterbetrieb dürfe nicht eingeschränkt werden. Gegen die Kündigungspläne protestierten auch der Intendant des Landestheaters sowie Markus Poschner, künstlerischer Leiter des angesehenen Orchesters: Die Kultur sei der falsche Ort für parteipolitische Strategiespiele. | *slt/youunion*

Wer war's? Rechtsrheinische Dichtung

Obwohl die Bundesratswahl nach Drucklegung dieses Magazins stattfindet, sind nicht überirdische prophetische Gaben nötig für die Weissagung: Schaffhausen gehört weiterhin zu jenen Kantonen, die in der Landesregierung noch nie vertreten waren. Dem Schaffhauservolk scheinen andere Stärken gegeben. Zum Beispiel literarische.

Allein aus Wilchingen haben drei sich einen Namen gemacht, zwei davon Frauen. «Oft nimmt nachts die Wanderschuhe / Meine Sehnsucht aus der Truhe; / Lang gerüstet sind sie schon. / Leise, dass sie niemand wecke, / Greift zum Stab sie in der Ecke / Und macht stille sich davon», dichtete spätromantisch Bertha Hallauer (1863–1939). Zu den grössten *Mundart*-Autoren ever gehört Albert Bächtold (1891–1981), der seine Aufenthalte zur Revolutionszeit in Russland ebenso literarisch verarbeitete wie das Scheitern seines Unternehmens in der Weltwirtschaftskrise. Der Kindheitsroman «De Hannilipeter» ist ein ungeschöntes Sitten- und Wimmelbild eines Weinbauerdorfs an der Wende zum 20. Jahrhundert. Für Ruth Blum (1913–1975) war es wohl eher ein Klotz als ein Turbo, dass ihr Erstling «Blauer Himmel, grüne Erde» – ebenfalls ein weitgehend autobiografisches Werk übers Heranwachsen – von Hermann Hesse in den höchsten Tönen gelobt wurde. Einen vergleichbaren Erfolg erzielte sie nicht mehr.

Eine Vertreterin der jüngsten Generation ist Susi Stühlinger, von der sich die Leserschaft des *VPOD-Magazins* heute verabschiedet. Wir werden Koni, Doris und Mario arg vermissen – und hoffen, sie bald als Hauptfiguren in einem grossen Roman anzutreffen. Jetzt aber endlich zum Rätsel: Wir suchen einen Schaffhauser Schriftsteller. Also einen, der oben noch nicht vorgekommen ist. Einen, den der *Tages-Anzeiger* im Nachruf als «einzigartig in der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur» bezeichnete; nach Frisch und Dürrenmatt gebe es in der Schweiz «nichts Vergleichbares». Nicht schwer, gell? Einer seiner Romane wurde sogar verfilmt, allerdings ausgerechnet jener,

der sich dafür am wenigsten eignet. Der Clou des *Buches* besteht nämlich darin, dass die zwei Männer, die sich da über ihr Liebesleben unterhalten, die ganze Zeit über dieselbe Frau reden, ohne es zu merken. Das allmähliche Dämmern erst der Leserin, dann der Protagonisten erzeugt Spannung. Im Film dagegen sehen wir von Anfang an Martina Gedeck in beiden Verhältnissen ...

«Wer war's?»-Habitué-e-s kennen den Rest: Lösungsnamen auf Postkarte schreiben, eigene Adresse und hübsche Marke drauf und ab zum Briefkasten in der Hoffnung, einen der drei Büchergutscheine zu ergattern (100, 50, 20 Franken). Destination: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. Weil Weihnachtspause ist, läuft die Teilnahmefrist bis 21. Januar 2019. | *slt*

Es war Tilo Frey

Die Neuenburger Adresse «Espace Louis Agassiz» wird es ab 2019 nicht mehr geben. Der Naturforscher stolpert 145 Jahre nach seinem Tod über die schon für seine Zeit inakzeptablen Rassetheorien: Er faselte vom «feigen und hinterhältigen Mongolen» und vom «unterwürfigen Neger» und zerrte Sklaven vor die Kamera. Profiteurin der Umwidmung ist Tilo Frey (1923–2008), die von 1971 bis 1975 für die FDP im Nationalrat sass. Sie gehört damit nicht nur zu den ersten Frauen in Bundesbern; die Tochter eines Schweizer und einer Kamerunerin war dort zugleich die erste «femme de couleur». Zweifach wurde als Lösung auch Lise Girardin vorgeschlagen: Auch sie, erste Stadtpräsidentin von Genf, war eine Politpionierin des linken FDP-Flügels. Allerdings sass sie im Stände-, nicht im Nationalrat. Und nach ihr ist auch (noch) kein Platz benannt (und kein Agassiz-Platz umbenannt) worden. Auf dem Treppchen diesmal (noch ohne eigene Strasse): Silvia Stucki (Luzern), Christian Knobel (Schaffhausen) und Lucie Kradolfer (Solothurn). | *slt*

Fritz Reimann †

Im Alter von 94 Jahren ist Fritz Reimann, ehemaliger Präsident des SGB, in Thun gestorben. Er repräsentierte wie wenige andere die gewerkschaftliche Politik der Nachkriegsjahrzehnte, in denen es jedes Jahr etwas mehr zu verteilen gab. Fritz Reimann wurde 1924 in Oberhof (Fricktal) in einfachen Verhältnissen geboren. Nach einer Lehre als Werkzeugmacher tritt er jung dem SMUV bei und wird bald Präsident einer Betriebskommission. 1951 beginnt seine Karriere als Gewerkschaftsprofi, nach Stationen in Aarau und in Thun wird er 1973 SMUV-Zentralsekretär und 1988 SMUV-Präsident. In diese Jahre fällt auch seine Tätigkeit als Präsident des SGB (1982–1990). Die politische Karriere führte ihn in den Nationalrat (1979–1991). Auch Bundesrat hätte Fritz Reimann werden können. Aber loyal schlug er alle bürgerlichen Avancen aus – und gewählt wurde dann, 1973, Willi Ritschard. Reimanns Rolle blieb diejenige des Gewerkschafters mit Stallgeruch. Ihn prägten der Glaube an die Sozialpartnerschaft und steten Fortschritt. Nach 1968 galt er vielen als zu konsensorientiert. Reimann sei «ein Mann des Ausgleichs, aber nicht des falschen Kompromisses», lautete dagegen die Würdigung durch seinen Nachfolger im SGB-Präsidium, Walter Renschler. | *sgb/vpod* (Foto: W. Rutishauser/Bibliothek am Guisanplatz)

**Edi Ebert †**

Edwin «Edi» Ebert, ehemaliger Sekretär des VPOD Zürich Städtische, ist in seinem 96. Altersjahr nach kurzer Krankheit in Zürich verstorben. Der Kollege kam nach einer Werkzeugmacherlehre zu den VBZ, wo er sich gewerkschaftlich engagierte, erst als Gruppen-, dann als Sektionspräsident. Als Nachfolger von Max Bryner wurde er 1973 zum Sekretär seiner VPOD-Sektion gewählt; dieser Aufgabe blieb er bis zur Pensionierung 1987 treu. Sein Kollege Leo Schriber, mit dem er ein Jahrzehnt Tür an Tür wirkte, erinnert sich an eine äusserst konstruktive und ergiebige Zusammenarbeit: «Wir haben uns gegenseitig geholfen, und hie und da hat einer den anderen vor einem allzu grossem Eifer entspringenden Fauxpas



bewahrt.» Auch im Gemeinderat der Stadt Zürich waren die beiden, Schriber und Ebert, ein gutes Team, das wegen seines Einflusses da und dort als «Mafia» verschrien war. (Als Ebert einmal die Redezeit überschritt, sagte er, man könne ihn schon abklemmen, aber dann fahre einfach der Kollege Schriber an seiner Stelle fort.) Ein Kampf des Edi Ebert ging dennoch verloren: Der aus heutiger Warte nicht mehr nachvollziehbare Furor, mit dem Frauen vom VBZ-Fahrdienst ferngehalten werden sollten, wurde durch einen Entscheid von Stadtrat Jürg Kaufmann konterkariert. 1979 wurden die ersten Wagenführerinnen ausgebildet; und siehe: Edi Eberts VPOD nahm sie freudig auf. Damals verbrachten viele Mitglieder auch ihre Freizeit in der Gewerkschaft. Die von Ebert mitbegründete Genossenschaft VPOD-Reisen organisierte Kreuzfahrten bis ans Nordkap. Als aussergewöhnliche gewerkschaftliche Persönlichkeit bleibt Edi Ebert dem Freund Schriber und vielen Kolleginnen und Kollegen in Erinnerung. | *slt* (Foto: Archiv)

VPOD-Landesvorstand vom 20. November 2018

Der Landesvorstand hat

- mit Freude vom Verhandlungsabschluss bei Swisssport am Flughafen Zürich sowie von der überwältigenden Demonstration gegen Abbau in der schulergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Waadt Kenntnis genommen, letzteres unter Regelung von Details der Streikgeldauszahlung.
- das Budget 2019 des Verbandes und seiner Institutionen zustimmend zuhanden der Delegiertenversammlung des Verbandes verabschiedet und vom Finanzplan 2020/21 Kenntnis genommen.
- weitere Vorbereitungen für den Frauenstreik vom 14. Juni 2019 getroffen, namentlich im Hinblick auf die finanziellen und personellen Ressourcen für diesen Anlass.
- den Abschlussbericht des erfolgreichen Aufbauprojekts der VPOD-Region Aargau/Solothurn diskutiert und von der Auflösung des Assoziierungsvertrags mit Rhythmik Schweiz Kenntnis genommen.
- unter Vorbehalt der Zustimmung der Sektion EKZ den Wechsel der Axpo-Sektionen in die Region Bern Städte/Gemeinden/Energie gutgeheissen.
- als Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2019 die Kampagne gegen STAF, den Frauenstreik und den VPOD-Kongress definiert.

- Erfolge und Herausforderungen ausgewählter VPOD-Regionen (diesmal Zürich und Zentralschweiz) besprochen.
- mit Bedauern die Rücktritte von Landesvorstandsmitglied Rolf Conzelmann (Pensionierung Ende Jahr) und von Silvia Berri (Pensionierung 2019) entgegengenommen. Aufgrund der aktuellen Statistiken fällt 1 freierwerdender Sitz neu der französischen Schweiz zu; weiterhin sind für die 2 Sitze je 1 Mann und 1 Frau zu bestimmen.

Stefan Giger, Generalsekretär

Rote Köpfe

Die Berner Regierungsrätin **Christine Häsler** hat zwar Sympathien für eine Schule ohne Noten, so wie sie sich der VPOD ausmalt. Sie hält aber die Idee für «politisch nach wie vor nicht mehrheitsfähig», wie sie im Interview mit dem Berner *VPOD-Standpunkt* verriet. Man sei indes im Rahmen des Pädagogischen Dialogs offen und unterstütze Schulen, die sich in diese Richtung entwickeln wollen. Für diese Antwort gibt es vom *VPOD-Magazin* die Note 4½.



VPOD-Zentralsekretärin **Michela Bovolenta** wird zusammen mit dem Frauenstreikkomitee mit dem Menschenrechtspreis der «Nouvelle association du Courrier» ausgezeichnet. Das Streikkomitee, um das sich Bovolenta verdient gemacht hat, hat sich bereits zu mehreren Assisen getroffen – zwecks Vorbereitung des Frauenstreiks vom 14. Juni 2019. Eine laut Presse «gerührte», zugleich aber wie gewohnt kämpferische Kollegin Bovolenta sagte bei der Entgegennahme des Checks, dass Frauen trotz formeller Gleichberechtigung weiterhin diskriminiert und prekariert sind. Den Rahmen der Preisverleihung bildete das 150-Jahr-Jubiläum des *Courrier*. Heute die einzige linke Zeitung der Westschweiz, war er ursprünglich als *Feuille religieuse et nationale* das Sprachrohr des Katholizismus im reformierten Genf (zuerst päpstlich, später eher humanistisch-sozial). Die heutige Herausgeberin, die auch den zweijährlichen Preis vergibt, umfasst 26 NGO aus dem links-grünen Spektrum. | *slt* (Fotos: Fabian Lütolf; SSP)



Dank des Günstigkeitsprinzips erhielt Kollege M. den vertraglich zugesicherten Lohn

Befristet, demnach unkündbar

Wie vereinbart wollte Kollege M. seinen befristeten Vertrag bei der sozialen Institution bis zum Ende erfüllen. Kündigung und Freistellung ein halbes Jahr zuvor trafen ihn hart. Dank dem VPOD fand seine Einsprache Gehör.

| Text: Sabine Braunschweig (Foto: PeopleImages/iStock)

Die Pensionierung stand vor der Tür, doch Kollege M. war bereit, länger zu arbeiten. Er hatte das soziale Zentrum, eine öffentlich-rechtliche Institution, mitaufgebaut und war zuständig für den hauswirtschaftlichen Bereich. Sein neuer befristeter Arbeitsvertrag ging zwei Jahre über seinen 65. Geburtstag hinaus. Doch mit dem Leitungswechsel kam das Ungemach. M. verstand sich mit der neuen Leiterin nicht gut. Sie lud ihn nicht mehr zu den wöchentlichen Sitzungen ein, kritisierte seine Arbeit und erhob heftige Vorwürfe. Ein klärendes Gespräch, wie M. es verlangte, fand nicht statt.

Versetzt und freigestellt

Kurz vor den Ferien wurde ihm intern ein neuer Arbeitsplatz zugewiesen, ohne dass er einen neuen Stellenbeschrieb oder eine Einführung erhalten hätte. Und nach den Ferien fand er die Kündigung vor – 6 Monate vor Ablauf des befristeten Arbeitsverhältnisses. Begründet wurde diese scheinbar GAV-konform mit Verhaltens- und Leistungsmängeln, mit der Verletzung von vertraglichen Pflichten und mit abweichender Zeiterfassung. M. wurde sofort freigestellt. Fristgerecht erhob er Einsprache gegen die Kündigung und wurde an den neuen Personalchef verwiesen. Der bot ihm einen zusätzlichen Monatslohn an, was M. nicht annehmen wollte, weil er finanziell auf den Lohn bis Vertragsende angewiesen war.

Hierauf wandte sich M. an den VPOD. Der Vertrauensanwalt sollte abklären, ob die Kündigung rechtens war. Ein befristeter Arbeitsvertrag sei nicht vorzeitig kündbar, schrieb der Anwalt an den Arbeitgeber. Deshalb müsse eigentlich gar nicht auf die Kündigungsgründe eingegangen werden. Diese waren zweifelhaft genug: Zwar hatte M. vor einiger Zeit eine Verwarnung mit Be-

Da kann der Arbeitgeber noch so viele blaue Briefe schicken: Ein befristeter Arbeitsvertrag kann vorzeitig nur im Einvernehmen gelöst werden.



währungsfrist und Kündigungsandrohung wegen Leistungs- und Verhaltensmängeln erhalten. Doch diese war auf weniger als 2 Monate angesetzt und erfüllte damit die Voraussetzungen für eine ordentliche Kündigung gemäss GAV nicht.

Der Widerspruch zwischen dem GAV und M.s Arbeitsvertrag war offensichtlich. In diesem Fall, so der Anwalt, seien unklare Bestimmungen zulasten des Verfassers des Vertrags, also des Arbeitgebers, auszulegen, denn M. konnte keinen Einfluss auf den

Vertrag nehmen. «Im Übrigen gilt das Günstigkeitsprinzip», erläuterte der Anwalt. Demnach gelten diejenigen Bestimmungen, die für den Arbeitnehmer günstiger sind, auch wenn sie mit anderen anwendbaren Rechtsnormen nicht übereinstimmen. Dies treffe hier zu, denn M.s

Arbeitsvertrag sei befristet. Folglich stehe M. die Lohnfortzahlung bis zum Ablauf des befristeten Arbeitsverhältnisses zu. M. biete seine Arbeitskraft bis zu diesem Datum an.

Wortklauberei auf 27 Seiten

Die Stellungnahme der Anwältin der Gegenpartei umfasste 27 Seiten! Der Vertrauensanwalt fand die Auslegung des Arbeitsvertrags, wie sie die Anwältin vornahm, extrem einseitig. Er war nicht bereit, darauf einzugehen, etwa auf die Wortklauberei «maximalbefristet, aber kündbar», sondern hielt an seiner Interpretation fest, dass ein befristeter Arbeitsvertrag nicht gekündigt werden könne. Schliesslich hiess der Verwaltungsrat der öffentlich-rechtlichen Institution als nächstober Instanz M.s Einsprache gut und gewährte ihm eine Entschädigung. Damit erhielt M. den Geldbetrag zugesprochen, der ihm auch regulär mit dem befristeten Arbeitsvertrag zugestanden hätte. So sei die Sache doch noch zu einem guten Abschluss gekommen, lautete das Fazit des Vertrauensanwalts.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtsilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Serbien: Schwieriger Einstieg in den Arbeitsmarkt

Mechanikerin, ausgebildet, sucht ...

Der Einstieg ins Berufsleben ist in Serbien schwierig. Besonders schwer haben es Frauen in (noch) frauentypischen Berufen, wie das Beispiel von Dragana Spasojevic zeigt. Dank dem Solidar-Projekt Pro Skills fand sie eine adäquate Stelle. | Text: Cyrill Rogger, Solidar Suisse (Foto: Ivana Rakezic)

Alles hatte so schön begonnen. Dragana Spasojevic war eine von acht jungen Frauen, die 2011 an der Berufsschule in Cacak das Diplom als Polymechanikerin entgegennahm. «Ich war sehr stolz. Bei der Wahl der Ausbildung hatte ich mich gegen die Empfehlung von Eltern und Lehrern durchgesetzt», erzählt sie. «Und nun hatte ich das Diplom zu meinem Traumberuf in der Tasche.» Die Aussichten auf eine Anstellung schienen intakt: Cacak in Zentralserbien hat etwa 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner und besitzt eine florierende metallverarbeitende Industrie. Der Bedarf an Fachkräften ist entsprechend hoch.

Sich über Wasser halten

Doch dann folgte die bittere Realität. Unzählige Bewerbungen blieben erfolglos. «Zu wenig praktische Berufserfahrung» lautete der häufigste Absagegrund. Einige Betriebe sagten offen, dass sie in der Fabrikati-

on keine Frauen einstellen würden. Auch die 55 männlichen Diplomierten hatten Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche, doch von den frischgebackenen Polymechanikerinnen fand keine einzige eine Stelle in ihrem Beruf. Den jungen Frauen blieb nichts anderes übrig, als sich mit Gelegenheitsjobs als Kassierin oder Putzkraft über Wasser zu halten.

Das Menschenrecht auf Arbeit ist nicht einklagbar. Denn kein Staat der Welt kann Vollbeschäftigung garantieren. Doch gemäss Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind die Staaten verpflichtet, alles dafür zu tun, das Recht ihrer Bürgerinnen und Bürger auf Arbeit zu garantieren – also auf freie Berufswahl, angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen, Schutz gegen Arbeitslosigkeit. Gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts kann zwar geklagt werden – wie schwierig das ist, wissen wir jedoch auch in der Schweiz.

Festanstellung dank Praktikum

Nach 6 Jahren in Gelegenheitsjobs kam die Wende. Dragana Spasojevic absolvierte ein dreimonatiges Praktikum im Solidar-Projekt Pro Skills, das in Zusammenarbeit mit Unternehmen, Berufsschulen und Arbeitsämtern junge Berufsleute in den Arbeitsmarkt integriert. Im Praktikum konnte sie ihre Fähigkeiten und ihr Wissen unter Beweis stellen – und wurde gleich fest angestellt. Heute ist sie eine wichtige Fachkraft in einem exportorientierten Maschinenbaubetrieb. Für den Arbeitgeber war die Beteiligung am Programm ein Gewinn: «Die Rekrutierung von motivierten Fachkräften wird dadurch stark erleichtert», sagt Lehrmeister Milos Petrovic. Dank Dragana Spasojevic machte er die Erfahrung, dass Frauen in einem technischen Beruf genauso kompetent sind wie Männer. Bleibt zu hoffen, dass solche erfolgreichen Karrieren von Frauen zum Abbau von Vorurteilen in der Branche beitragen.

*Geht doch!
Polymechanikerin
Dragana Spasojevic hat
endlich eine Stelle in ihrem
Ausbildungsberuf gefunden.*



Marieke Kruit, Fachpsychologin FSP, Co-Leiterin der Psychiatrischen Ambulatorien am Spital Region Oberaargau, Langenthal bzw. Bern

Über den Rand hinaus

Vom Tourismus übers Fernsehen in die Psychiatrie: Gradlinig war die Karriere nicht, die Marieke Kruit an ihren heutigen Wirkungsort in Langenthal geführt hat. Aber auf gerade Linien kommt es der Kollegin auch gar nicht an.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)



Die frühere TV-Moderatorin Marieke Kruit ist heute Psychologin in der ambulanten Psychiatrie.

Die Aussprache des niederländischen Diphthongs «ui» fällt Schweizer Gurgeln schwer. Aber Marieke Kruit räumt sofort ein, dass es schlimmere Migrationsschicksale gibt als das ihre: von im Berner Oberland lebenden niederländischen Eltern abzustammen und zuerst Niederländisch und erst später mit den Nachbarskindern Bärndütsch gelernt zu haben. Auch die berufliche Karriere der Kollegin verlief nicht in einem Schwung: In Gstaad lagen zunächst eine kaufmännische Ausbildung und der Tourismus nahe. Erst später wurde Matur gemacht und Psychologie studiert. Seit zwei Jahren ist Marieke Kruit in der Psychiatrie im Oberaargau tätig: Sie hat die Co-Leitung der Ambulatorien am Spital Region Oberaargau inne.

Ressourcen mobilisieren

Wie überall gibt es auch im Oberaargau Menschen, die an psychischen Störungen leiden. Manche so schwer, dass sie professionelle Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Zukunftsweisend bei den Ambulatorien im Oberaargau: Hier wirken psychotherapeutisch geschulte Kräfte Hand in Hand mit me-

dizinisch ausgebildeten. Der Psychiater hat seine spezifischen Stärken, die Psychotherapeutin – Marieke Kruit verfolgt einen kognitiv-verhaltenstherapeutischen Ansatz – die *ihren*: Sie kann Menschen darin unterstützen, einen Weg in Angriff zu nehmen. An dessen Ende steht nicht zwingend «Heilung». Jedenfalls nicht in dem Sinn, dass die Depression oder das Suchtproblem für alle Zeiten vertrieben wären. Vielmehr geht es darum, dass die Betroffenen einen Umgang mit den Wechselfällen ihrer Krankheit finden und in der Krise eigene Ressourcen mobilisieren.

Nur an wenigen Orten klaffen die Vorstellung der Allgemeinheit und die Realität derart auseinander wie in der Psychiatrie. Noch immer denken viele an Zwangsjacken und Deckelbäder. Noch immer gibt es die Schreckensvision, in die «Geschlossene» zu kommen – und nie mehr hinaus. Marieke Kruit korrigiert dieses Bild. Die Patientinnen und Patienten bleiben heute wo immer möglich in ihrem Umfeld. Zwischen der zweiwöchentlichen Therapiesitzung und der stationären Behandlung tut sich ein immer vielfältigerer Zwischenraum auf: Dazu gehören

etwa Tageskliniken (wie die Kollegin 10 Jahre lang eine in Thun geleitet hat) oder aufsuchende Intervention. Auch die Methodik lässt heute Vielfalt zu. Das Bild an der Wand ist in der Maltherapie entstanden. Allerdings ursprünglich nicht als Kunstwerk: Es handelt sich lediglich um die Unterlage, auf der das über den Rand Gepinselte zu sehen ist. Die Kunst liegt im Erkennen von solcher.

Kein Ausweis nötig

Professionalität und die Prise Glamour, die ihrem Auftreten innewohnen, kommen nicht von ungefähr. Neben dem Studium und der Berufstätigkeit war Marieke Kruit fast zwei Jahrzehnte lang journalistisch tätig, zuletzt bei TeleBärn. Dort hat sie über 500 Mal die Newssendung moderiert. Und obwohl das inzwischen ein paar Jahre her ist, erkennt man sie noch da und dort auf der Strasse. Was zu schönen Begegnungen führt oder mindestens dazu, dass am Postschalter heute früh kein Personalausweis nötig war. Aber der einstige Mädchenraum vom Fernsehen war nach 10 Jahren dann weitgehend abgearbeitet. Vor allem wollte die Kollegin nicht länger Politikerinnen und Politiker bloss interviewen: Sie wollte selber Politik machen.

2012 wurde sie in den Berner Stadtrat gewählt. Inzwischen ist sie Co-Vorsitzende der dortigen SP-Juso-Fraktion. Mit der ihr eigenen Energie und Beharrlichkeit stürzt sie sich auf alle Fragen, die sich in der Kommission für Planung, Stadtgrün und Verkehr stellen. So ganz andere sind's als in ihrer beruflichen Arbeit. Konkretere? Mindestens sichtbarere. Das gilt auch für den VPOD. Und für den Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern, zu dessen Präsidentin sie jüngst gewählt wurde. Das übrige ehrenamtliche Engagement umfasst Bemühungen für Umwelt, Tiere und Menschen. Unter den letzteren sind es die nicht durchwegs gradlinigen, die nicht immer ganz rundlaufenden, die gern ein wenig über den Rand hinausmalenden, die ihr am meisten am Herzen liegen.



HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI



FROHE WEIHNACHTEN

Die Direktion und das Team i Grappoli
wünschen frohe Weihnachten und einen
guten Rutsch ins neue Jahr!



Hotel Ristorante i Grappoli • 6997 Sessa • Tel. 091 608 11 87 • info@grappoli.ch • www.grappoli.ch

AZB Postfach 8279, 8036 Zürich

VPOD Bildungspolitik Nr. 209 ist soeben erschienen



Der Schwerpunkt der neuen Ausgabe der VPOD Bildungspolitik widmet sich dem Thema «Kinderrechte». Thematisiert werden der Handlungsbedarf und die politischen Herausforderungen, die sich mit der Umsetzung der Kinderrechte in der Schweiz stellen.

VPOD Bildungspolitik

Seit über 40 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Ein Jahresabonnement umfasst 5 Ausgaben und kostet 40 Franken.

Kontakt und weitere Informationen unter:

redaktion@vpod-bildungspolitik.ch
www.vpod-bildungspolitik.ch
VPOD Bildungspolitik, Postfach 8279, 8036 Zürich

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter | slt

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 20000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

